

Textilarbeiter-Zeitung

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Organ des Zentr. Verbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleiter: Anton Heutmann, Düsseldorf, Cavalleriestr. 22. Fernruf 4423. Telegr.: Textilverband Düsseldorf.

Verlag: E. M. Schiffer, Düsseldorf, Cavalleriestr. 22. Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 1358.

Gewerkschaft und Lebenshaltung.

(Siehe den Artikel in Nr. 12.)

Züngst haben wir auf die Funktion der Gewerkschaften hingewiesen, den „Deich einer bestimmten Lebenshaltung“ der Arbeiterschaft darzustellen. Die Wichtigkeit des Begriffes der Lebenshaltung und der Erkenntnis ihrer Beziehungen zu der Tätigkeit der Gewerkschaften kann garnicht überschätzt werden. Sie beruht nach einem Worte, das schon F. A. Lange in seiner „berühmten“ Arbeiterfrage geprägt hat, darin, daß man im Begriffe der Lebenshaltung das Normalmaß der Ansprüche der Arbeiter an das Leben und nicht bloß einen statistischen Durchschnittssatz sieht, sondern eine soziale Macht, daß man der Lebenshaltung des Arbeiterstandes eine Widerstandskraft gegen den Druck des Kampfes um das Dasein zuschreibt. Es liegt eine gewisse Wahrheit in dem, was ein neuerer Schriftsteller sagt, daß die Lebenshaltung in dem Sinne auf die Arbeiter einwirkt, daß sie sie zwingt, ihre Kräfte auf das Aeußerste anzustrengen, um das gewohnte Niveau der Lebenshaltung aufrecht zu erhalten. Und so bleibt bestehen, daß wir gerade von diesem Gesichtspunkte aus am ehesten an die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung herankommen, wenn wir in ihr mehr sehen als eine bloße Möglichkeit, die Arbeitgeber durch Streiks zu heimmühigen.

Nun wäre es eine viel zu enge Fassung des Begriffes, wenn wir bei der Lebenshaltung nur an die Nahrung, Kleidung, die Behausung und ähnliche Dinge denken wollten. Vielmehr umfaßt der Begriff das ganze Arbeitsverhältnis und insbesondere auch die Arbeitszeit. Unter letzterem Gesichtswinkel ist es wiederum möglich, die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung in einem größeren Zusammenhange sich vor Augen zu führen.

In der Geschichte der National-Ökonomie hat sich von dem Standpunkte aus, der uns hier beschäftigt, eine bedeutsame Wandlung vollzogen. Diese Wandlung betrifft die Auffassung vom Verhältnis des Arbeitslohnes, aber auch der Arbeitszeit zur Arbeitsleistung. Eine große Anzahl von Schriftstellern des 17. und 18. Jahrhunderts haben, wie Brentano nachgewiesen hat, die Auffassung vertreten, daß hoher Lohn gleichbedeutend sei mit geringerer Arbeitsleistung. Man fordert in jenen Kreisen geradezu Herabsetzung des Lohnes, um den Preis zu steigern, oder, was auf dasselbe herauskommt, Verteuerung der Lebensmittel und Erhöhung der Steuern. Es gilt als Axiom, daß die Leute umso weniger arbeiten, je besser sie es haben. Um die Mitte des 18. Jahrhunderts dagegen beginnt ein Umschwung sich anzubahnen. Zunächst tritt die entgegenstehende Lehre polemisch auf bei Wanderlind, Pestlethwait, Forster, Zucher; ausführlich begründet tritt sie bei Ad. Smith uns entgegen. Er lehrt umgekehrt, hoher Lohn sei soviel wie große Arbeitsleistung. Er begründet dies nicht nur psychologisch und physiologisch, sondern auch aus der Erfahrung. Der gleichen Ansicht sind denn auch Benjamin Franklin, Mc-Gulloch, Senior u. a. m.

Zur Erklärung dieser Wandlung ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß hier die technische Entwicklung von großem Einfluß gewesen sei. Die Maschinenarbeit braucht eine geschulte Arbeiterarmee mit strenger Disziplin und kann es nicht mehr jedem überlassen, mit welcher Schnelligkeit und wie lange er arbeiten will. Bei den älteren Produktionsformen war es möglich, daß ein Arbeiter einen Tag in der Woche fern blieb, da der gesamte Produktionsprozeß darunter nicht litt; heutzutage muß er dagegen zur bestimmten Zeit an seiner Stelle erscheinen, weil er nunmehr nur einen Teil des Gesamtapparates bildet.

Auf Grund dieser Vorgänge kam naturgemäß dem Faktor Arbeitszeit eine ständig steigende Bedeutung zu. Auch das hat die neuere National-Ökonomie schon von ihrem Anfange an sofort erkannt. Lange schon vor der heutigen riesenhaften Entwicklung der Technik finden wir in ihr Warnungen betreffend die Beachtung des hier in Betracht kommenden Zu-

sammenhanges. So heißt es bei dem bekannten und von uns bereits erwähnten A. Smith an einer Stelle seines berühmten Buches über den Volkswohlstand: „Es ist der Ruf der Natur, die einige Erholung verlangt, zuweilen nur Ruhe, zuweilen aber auch Zerstreuung; wird er überhört, so sind die Folgen gefährlich, zuweilen verderblich und verrufen fast immer, früher oder später, die eigentümliche Krankheit des Gewerbes. Wenn die Arbeitgeber nur immer auf die Stimme der Vernunft und Menschlichkeit hören wollten, so würden sie oft sich eher veranlaßt sehen, den Fleiß vieler ihrer Arbeiter zu zügeln als anzuspornen. Ich glaube, daß es kein Geschäft gibt, wo derjenige, der so mit Maß arbeitet, daß er es beständig fortsetzen kann, nicht nur seine Gesundheit am längsten bewahrt, sondern auch im Laufe der Zeit die meiste fertige Arbeit liefert.“

Die Wechselbeziehung zwischen Lebenshaltung und Arbeitszeit an sich ist aus dem Gefagten sowohl wie auch aus der bloßen Ueberlegung unschwer zu erkennen. Es ist ja eine Tatsache, daß der Arbeiter dem Momente der Arbeitszeit überhaupt erst von dem Augenblicke an Beachtung schenkt, wo er sich einer besseren Lebenshaltung nähert. Erst von diesem Augenblicke an legt er Wert darauf, kulturelle Bedürfnisse während eines bestimmten Maßes an freier Zeit zu befriedigen, aber auch darauf, eine unvernünftige Ueberarbeit im Interesse seiner Person, Familie und Nachkommenschaft hintanzuhalten. Er muß somit schon auf einer höheren Stufe der Lebenshaltung angekommen sein. Zugleich aber ist aus dem Mitgeteilten erkenntlich, wie hier die Interessen des Arbeiters und der Industrie bzw. Volkswirtschaft Hand in Hand gehen.

Nun sagen allerdings neuere Volkswirtschaftslehrer, namentlich Professor Adolf Weber, Köln, daß im großen und ganzen schon das Höchstmaß der Verkürzung der Arbeitszeit erreicht werden könne. Andererseits weist man bekanntlich z. B. in der großen Eisenindustrie auf die Unmöglichkeit hin, die von den Arbeitern (vergleiche die vielen Bemühungen des christlichen Metallarbeiterverbandes) erstrebte andere Einteilung der Arbeitszeit einzuführen. Eine weitere Anpassungsfähigkeit der Industrie, so klingt es aus diesen Äußerungen heraus, sei unmöglich; sie sei aber auch nicht nötig, weil es nicht möglich sei, die Intensität der Arbeit durch weitere Verminderung der Arbeitszeit noch mehr zu erhöhen, als es bereits geschehen sei. Bei diesen Einwänden wird meist der Nachdruck ausschließlich auf die Frage weiterer technischer Verbesserungen gelegt. Ein anderes Moment dagegen, das gerade in unseren Tagen erhöhte Beachtung verdient, wird meist gar nicht beachtet, obwohl sowohl von national-ökonomischer Seite wie auch von seiten der Gewerkschaftstheoretiker darauf seit langem großes Gewicht gelegt worden ist. Schon zur Zeit, als die englischen Gewerksvereine ihre höchste Blüte erreicht hatten, machten sie auf die Möglichkeit aufmerksam, den Wünschen der Arbeiter durch eine zweckmäßige Verbesserung der Betriebsorganisationen, also der Ordnung des inneren Betriebes, zu entsprechen. Heute kann darauf besonders deswegen das Augenmerk hingelenkt werden, weil die sogenannte wissenschaftliche Betriebsführung zu einem Schlagwort unserer Zeit geworden ist. Es zeigt sich, daß durch richtige Anordnung des inneren Betriebes, durch eine zweckmäßige Betriebsorganisation sich Verbesserungen erzielen lassen, die denjenigen, welche der technische Fortschritt gebracht hat, an Wirkung kaum nachstehen. Die Arbeiter müssen diese Dinge sehr wohl im Auge behalten, sonst laufen sie Gefahr, daß sich eine wesentlich erhöhte Produktivität (Ergiebigkeit) des Betriebes ergibt, an der sie keinen oder nur ganz unwesentlichen Anteil haben. Sie können das aber nur dann, wenn sie in ihrer Lebenshaltung sich höheren Bedürfnissen anpassen. Der Moment der Arbeitszeit gewinnt unter diesem Gesichtswinkel erhöhte Bedeutung. Gerade vom Standpunkte der Wichtigkeit der Lebenshaltung aus taucht die Frage auf, ob nicht wiederum schließlich auch hier nur

Fortschritte erzielt werden, die einen verhältnismäßigen Verlust für die Arbeiterschaft bedeuten, wenn man von der Tatsache ausgeht, daß sich aus jenen Verbesserungen zwar die Möglichkeit kultureller Fortschritte ergibt, ohne daß aber die Arbeiter von dieser Möglichkeit profitieren, weil ihre Lebensverhältnisse nicht derart sind, daß sich die Forderung der Anteilnahme an denselben mit einer gewissen Naturnotwendigkeit ergibt. Das ist aber solange nicht der Fall, als der Arbeiter über sein kostbarstes Gut, die Zeit, richtig und zweckmäßig verfügen kann oder gelernt hat.

Als Schlusergebnis halten wir fest: Die Lebenshaltung ist in jeder Beziehung für die vorwärts drängende Arbeiterschaft von größter Wichtigkeit, namentlich auch, soweit es sich um ein dem technischen und betriebsorganisatorischen Fortschritt angepaßtes Maß der Arbeitszeit handelt. Diese Folgerungen kann indes der einzelne Arbeiter nicht ziehen, oder wenn er sie zieht, so muß es ihm doch nichts, weil er nicht die Möglichkeit hat, seinen sich daraus ergebenden rechten Nachdruck zu veranschaffen. Gerade hier kommt es darauf an, daß er eine starke Macht im Rücken hat, die seine Rechte vertritt: die Gewerkschaft.

Gegen die Erhöhung der Garnzölle.

Die deutschen Baumwollspinnereindustriellen führen zur Begründung ihrer Zollforderungen an: Oesterreich-Ungarn habe eine ständige Uebererzeugung an Baumwollgarnen; infolgedessen habe der deutsche Markt dauernd unter einer großen Einfuhr österreichischer Garne zu leiden. Es müßten die Garnzölle erhöht werden, um die österreichische Einfuhr zurückzuhalten.

Tatsächlich hat Oesterreich-Ungarn eine Vermehrung der Spindelzahl zu verzeichnen, die über den Bedarf nicht unerheblich hinausgeht. Jedenfalls sind die sehr hohen Garnzölle des Landes daran nicht unschuldig, wie man ja auch in Deutschland gegen die Zölle für mittlere und gröbere Garne geltend macht, sie verursachten eine übermäßige Vermehrung der Erzeugung in diesen Garnsorten. Jedoch ist die Schlussfolgerung der deutschen Baumwollspinnereindustriellen falsch, daß infolge der österreichischen Verhältnisse der deutsche Markt dauernd einer Ueberschwemmung mit österreichischen Garnen ausgesetzt sei. Es ist unbegründet, daß die deutschen Spinnereien mit solchen schlechten und absolut unrichtigen Gründen selbst in Regierungskreisen Glauben finden können.

Oesterreichs Baumwollspinnerei hat seit langem eine Uebererzeugung, jedoch ist ihre Garnausfuhr nach Deutschland vor dem Jahre 1913 nie besonders groß gewesen, mit Ausnahme vielleicht des Jahres 1907, da auch die Verhältnisse ungewöhnlich gelagert waren. Unter gewöhnlichen Verhältnissen ist die österreichische Garnausfuhr nach Deutschland nicht so groß, daß sie Klagen der deutschen Industriellen über scharfen Wettbewerb und starken Preisdruck zu rechtfertigen vermöchte. Oesterreichs natürlicher Absatzmarkt ist in normalen Zeiten der benachbarte Balkan und zum geringeren Teile Rußland und einige Mittelmeerländer. Eine ganze Reihe von Gründen weist Oesterreichs Baumwollspinnerei auf diese Märkte: die Nachbarschaft, der kürzere und billigere Transport und vor allem die Tatsache, daß sie hier ziemlich konkurrenzlos das Feld beherrscht und durchweg keine hohen Zollmauern zu überflimmen hat. Bei der Ausfuhr nach Deutschland hat sie nicht nur die Zölle zu überwinden, sie muß auch den Wettbewerb der heimischen, an Leistungsfähigkeit ihre weit überragenden Spinnerei aushalten. Sie vermag aus den Gründen nur durch Preisvergünstigungen in Deutschland Absatz zu tätigen. Tatsächlich hat die österreichische Spinnerei im vergangenen Jahre, wenn auch nicht direkt unter Verlust, so doch unter wesentlich gekürzten Gewinnen verkauft, was sie dadurch ausglich, daß sie den heimischen Abnehmern höhere Preise auferlegte. Wir haben über diese Exportaktionen der organisierten österreichischen Spinnereien in der Textilarbeiter-Zeitung wiederholt geschrieben.

Die bedeutende Ausfuhr der österreichischen Spinnerei nach Deutschland im Jahre 1913 ist nur unter den un-

gewöhnlichen Verhältnissen dieser Zeit zu erklären. Der Balkankrieg und seine politische Einwirkung auf die Doppelmonarchie brachten nicht nur das Inlandsgeschäft der österreichischen Spinnerereien fast ganz zum Stillstand, sie unterbanden auch vollständig den Abzug nach dem Balkan. Einen Ersatz suchte und fand Oesterreich in Deutschland, vor allem in den angrenzenden bayerischen und sächsischen Märkten. Deutschlands Exportverhältnisse blieben lange Zeit von den politischen Wirren weniger berührt. Nur in dieser abgegrenzten Periode, in der das Geschäft in Deutschland ein verhältnismäßig gutes, das österreichische ein sehr schlechtes war, sind große Garnverkäufe in das Nachbarreich erfolgt. Es trat jedoch dann eine Wendung ein, als in Deutschland die Preise sich ermäßigten, die Absatzmöglichkeiten geringer wurden und Oesterreich einerseits wieder bedeutende Garnmengen wie in früheren Zeiten nach dem Osten ausführen konnte, andererseits die österreichischen Spinner den Beschluß gefaßt hatten, an die heimischen Weber gegen den Nachweis der Warenausfuhr Garne zu begünstigten Preisen abzugeben. Durch die letztere Maßnahme ist es für den österreichischen Spinner weit konvenabler geworden, Garne an die heimischen Weber abzugeben als sie nach Deutschland zu schicken. Seit der Verschlechterung der Absatzverhältnisse in Deutschland, der Wiederherstellung normaler Verhältnisse für die Warenausfuhr durch den Frieden von London und Bukarest und der erwähnten Abmachung über die Ermäßigung der Garnpreise für heimische Ausfuhrware haben die österreichischen Garnverkäufe nach Deutschland ganz erheblich nachgelassen. Allerdings finden noch Verkäufe statt, da eine Ausfuhr noch auf Grund früherer Kaufverträge erfolgt. Es ist aber durchaus falsch, von einer „dauernden Ueberschwemmung des deutschen Marktes mit österreichischen Garnen“ zu reden. Unsere Behauptungen finden eine kräftige Stütze in nachfolgenden Zahlen, die angeben, wie sich die Einfuhr an rohen, einbrächtigen Garnen bis Nr. 47 aus Oesterreich-Ungarn im vergangenen Jahr auf die einzelnen Quartale verteilt.

	1911	1912	1913
	Doppelz. = 100 Kg.		
1. Vierteljahr	2 270	1 049	23 608
2. "	1 895	926	24 006
3. "	2 246	1 514	16 751
4. "	2 731	7 670	11 330

Zwar übertraf die Einfuhr auch im 3. und 4. Vierteljahr dieses Jahres die der Vorjahre noch ganz erheblich, aber es ist doch vom 3. Vierteljahr ein ganz bedeutendes Sinken vorhanden, sodaß die Ziffer des 4. Vierteljahres 1913 der des gleichen Vierteljahres vom Vorjahre wieder sehr nahe rückt. Das Sinken der Einfuhr hat in diesem laufenden Jahre angehalten. Wir führten an Garnen aus Oesterreich-Ungarn ein in Doppelzentnern = 100 Kg.

		1913	1914
		Januar	
bis Nr. 11	engl.	782	452
über "	11 bis 17	2096	1077
"	17 "	22 1618	553
"	22 "	32 1697	222
"	32 "	47 1174	86

Der Rückgang ist ein ganz erheblicher, und heute werden wieder ganz normale Verhältnisse vorhanden sein. Die Begründung der deutschen Baumwollspinnereindustrialien für ihre Zollforderungen beruht also auf vollständig falschen Voraussetzungen.

Um so mehr Berechtigung haben die Weber, sich gegen die Zollforderungen der Spinner zur Wehr zu setzen. Sie befürchten — und wohl nicht mit Unrecht — bei einer Verwirklichung der Zollforderungen der Spinnerverbände der Preisdiktatur der Spinner überantwortet zu werden. Vor allem in baumwollknappen Zeiten, die infolge der Abhängigkeit der europäischen Baumwollindustrie von einem Baumwollproduktionsgebiet, nämlich von den Vereinigten Staaten, durchaus nicht selten sind und immer ein erhebliches Anzeichen der Hochbaumwollpreise im Gefolge haben, vermöchten die Spinnerereien bei einem die Auslandskonkurrenz gänzlich unterbindendem Zoll den Webern jeden Preis aufzuzwingen. Die Spinnerereien sind im allgemeinen den Webern nicht bloß an Kapitalkraft überlegen, sondern auch hinsichtlich der Geschlossenheit der wirtschaftspolitischen Organisationen. Ein abschließend wirkender Zoll auf Garne könnte sehr leicht zur Preisartikellierung der Spinnerereien führen, die in diesem Zweige unseres Gewerbes ungleich leichter durchzuführen wäre als in der Webereibranche. Solche Preisartikellierung könnte sehr leicht zu einer ersten Gefahr für unsere Webereien werden, die zum größten Teile nur Klein- und Mittelbetriebe darstellen und nicht allenthalben besonders stark finanziell gestärkt sind. Die Abhängigkeit vieler Webereien von den Spinnerereien ist heute schon leider recht groß und ein weiteres Ausmaß des Zolles müßte die Entwicklung zur Auflösung der Selbstständigkeit und Entscheidungsfreiheit mancher Webereien beschleunigen. Umso mehr, als unsere großen, tonangebenden Spinnerereien, vornehmlich Bayerns, vielfach über große eigene Webereien verfügen. Diese Spinnwebereien würden bei einem besonders hohen Garnzoll eine große Ueberlegenheit über die reinen und alleinstehenden Webereien gewinnen, die sehr leicht zu einem Vernichtungskampfe der Großen gegen die Kleinen führen könnte.

Die Preisartikellierung unserer Spinnerereien ist durchaus nicht so unwahrscheinlich. In einer Eingabe westdeutscher Webereien aus dem Jahre 1902 an den Reichstag wird behauptet, „daß die Baumwollspinner ihre Forderungen bezgl. der Garnzölle viel weniger mit Rücksicht darauf stellen, daß sie dem Auslande gegenüber geschäftlich sein müssen, als vielmehr mit Rücksicht darauf, daß ihnen die niedrigen Zölle den Abschluß eines Preisartikells wesentlich erschweren.“ Es wird in der Eingabe auf die Bestrebungen der Spinner im Herbst 1899 verwiesen, als man außer einer Regelung der Preise auch eine, von den westdeutschen, sächsischen, schlesischen und oberbayerischen Spinnern getragene Ausfuhraktion in Angriff nahm, die es den Spinnern ermöglichte, die Garne nach dem Auslande zu billigeren Preisen abzugeben, als sie im Inlande abgesetzt wurden. Einen Teil des entstehenden Verlustes erhielten die Spinner aus der Kartellkasse zurückvergütet. Dieses Verfahren hat damals außerordentlich nachteilig gewirkt, da fremdländische Wettbewerber unserer Webereien die deutschen Garne billiger zu erstehen vermochten als die heimischen Verbraucher. Kartellbestrebungen machten sich im vergangenen Jahre wieder stark bemerkbar. Witterumgebungen zufolge sollen sie Verwirklichung gefunden haben in der Bildung einer Interessengemeinschaft der vier deutschen Baumwollspinnerverbände, die über rund 10 Millionen, also fast die Gesamtheit der in Deutschland vorhandenen Spindeln verfügen. Damit wäre der erste Schritt zu einem Spinnerpreisartikell getan. Man sind solche Kartelle gewiß an sich nicht ungesund, sogar auch im Interesse der Arbeiter durchaus zu begrüßen, so lange sie eine vernünftige und mäßige Preispolitik üben. Aber sie führen sehr leicht zu Auswüchsen. Eine Ueberspannung des Garnzolles müßte diese schadhaften Auswüchse zeitigen, da sie immer dort auftreten, wo das betr. Gewerbe infolge hoher Zollmauern zur monopolartigen Beherrschung des Marktes gelangt.

Aus all den Gründen halten wir die Erhöhung der Garnzölle für sachlich ungerechtfertigt und für einen großen volkswirtschaftlichen Schaden. Unsere deutsche Spinnerei ist in den größeren und mittleren Garnsorten durchaus wettbewerbsfähig mit jeder anderen Konkurrenz; auf dem holländischen Markt führt sie mit großem Erfolge selbst mit den englischen Garnen den Wettkampf. Der Garnzoll ist nach deutschen Verhältnissen notwendig, soweit er den Spinnern ein gewinnbringendes Geschäft und eine gesunde Konkurrenz ermöglichen helfen muß. Dazu genügen u. E. die heutigen Zollsätze. Eine Erhöhung des Zolles müßte unsere heimische Baumwollweberei außerordentlich belasten und ihr das Auslands- und Inlandsgeschäft wesentlich erschweren. Das aber kann nicht im Interesse unserer nationalen Volkswirtschaft, unserer gesamten Textilindustrie und unserer deutschen Textilarbeiter liegen.

Nachschrift: Zu dem Artikel in der vorigen Nummer teilt uns die Handelskammer M.-Gladbach berichtend mit, daß sie sich zu keiner Zeit dahin ausgesprochen habe, daß die schlechten Geschäftsergebnisse der Spinnerereien auf eine durch hohe Zölle verursachte Ueberproduktion zurückzuführen seien. In unserem Artikel handelt es sich tatsächlich um einen Irrtum, da nicht die Handelskammer, wohl aber viele in ihrem Bezirk ansässigen Webereien sich so in einer Eingabe an den Reichstag 1902 ausgesprochen haben. Das geht auch aus dem Hinweis an der betr. Stelle unseres Artikels hervor.

Der freie Samstagnachmittag marschiert.

(Nach den Berichten der badischen Gewerbeinspektion.) Der Bericht der badischen Gewerbeinspektion für das Jahr 1913 ist jeben erschienen. Er enthält ein besonderes Kapitel über die Fortschritte, die der freie Samstagnachmittag während der Berichtszeit in Baden gemacht hat.

Der Bericht kann feststellen, daß im Laufe der letzten Jahre in Baden mehrere große, mittlere und kleinere Betriebe den freien Samstagnachmittag einführt und daß die Neuerung auch auf die Industriegruppen übergreife. In manchen Gewerben würde recht froh zugetastet, in anderen nahen sich die Unternehmer nur zögernd und tastend dem Neuen. Jedoch gewinnt die Einsicht in Unternehmerkreisen an Boden, daß der im freien Samstagnachmittag liegende Fortschritt zugleich auch einen Vorteil, zum mindesten aber keinen nennenswerten Nachteil für die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens bedeute. Wo diese Einsicht fehlte, wirkte Spiel und Erfolg benachbarter Betriebe. Manchmal auch eine gewisse Zwangslage, da die Arbeitererschaft im allgemeinen am liebsten die Betriebe aufsuchten, die den freien Samstagnachmittag eingeführt hatten und darum die anderen Betriebe wohl oder übel nachfolgen mußten, wenn sie stets eine genügende Anzahl tüchtiger Arbeitskräfte zur Verfügung haben wollten. Auch die nahe Schweiz, zu der Baden in mannigfacher Beziehung steht, und die den freien Samstagnachmittag allgemeiner eingeführt hat, blieb nicht ohne Einfluß.

Ein Produktions- und Verdienstaustausch ist mit dem freien Samstagnachmittag durchweg nicht verbunden, denn die im Stücklohn stehenden Arbeiter holen durch angespanntere Tätigkeit den früheren Verdienst wieder ein. Wochenlöhne und Tagelöhne werden ungekürzt bezahlt, bei Stundenlöhnen geschieht dem Verdienst Abbruch, doch werden zum Teil für den

Samstag mehr als die täglich geleisteten Arbeitsstunden angerechnet. So haben wieder die Arbeiter, noch die Unternehmer Nachteil von der Neuerung. Ja, es schien selbst im Interesse einer besseren Ordnung im Betriebe geboten, zu einer Freigabe des Samstagnachmittags überzugehen. Die Gewerbeinspektion sagt darüber: Die im Jahre 1908 Geseß gewordene Bestimmung, daß an den Tagen vor Sonn- und Feiertagen die Höchstarbeitszeit der Frauen nur 8 Stunden betragen darf, setzte den Arbeitschluß an diesen Tagen auf 5 1/2 und 5 Uhr. Die Neuerung führte dazu, daß, von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, in Betrieben mit gemischter Arbeitererschaft der Höchst- arbeitsstag der Frauen von zehn Stunden an den fünf ersten Wochentagen und von acht Stunden an den Samstag zugleich auch Höchst- arbeitsstag der Männer wurde. Doch die Wirkung des Gesetzes ging noch weiter. Bei Arbeitschluß um fünf Uhr bleiben für den Samstagnachmittag zweieinhalb Stunden bis drei Stunden wirklicher Arbeitszeit übrig, gekürzt zudem durch Vornahme von Reinigung, häufig durch Vornahme von Zahlreiche Frauen blieben in unregelmäßiger Weise Samstagnachmittags von der Arbeit fern, da ihnen die Versorgung rückständiger Hausgeschäfte lohnender schien als der Arbeitsverdienst weniger Stunden. Zur Verhütung oder Beseitigung von Unordnung schien der beste Weg zu sein, die Samstag- arbeitszeit einzuführen.

Der freie Nachmittag an Samstagen ist in der Weise geregelt, daß die Arbeitszeit früh wie gewöhnlich beginnt, und dann mittags dauert bis 11 1/2, 12, 12 1/2, 2, 2 1/2, 2 1/2 und 3 Uhr, unter Wegfall oder Kürzung der sonst für die männlichen Arbeiter üblichen Pausen. Der gute Eindruck des Gesamtberichtes wird dadurch getrübt, daß in einigen Fällen die Arbeiter den freien Samstagnachmittag mit einer Verlängerung der Arbeitszeit an den übrigen Tagen erkaufen mußten. Manchmal haben die Arbeiter diese Verlängerung selbst beantragt, um die freien Stunden an Samstagen zu erhalten. Die badische Gewerbeinspektion findet diese Haltung der Arbeiter begreiflich, „denn den zusammenhängenden Freistunden am Ende der wöchentlichen Arbeitsperiode kommt eine besonders ideale und praktische, hygienische, wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung zu“.

Der Bericht bezeichnet als ein Hemmnis für die Ausbreitung des freien Samstagnachmittags die heute geltenden Vorschriften für die Regelung der Pausen der jugendlichen Arbeiter. In geeigneten Fällen gestattet die obere Verwaltungsbehörde den Ausfall der vorgeschriebenen einstündigen Mittagspause für Arbeiterinnen an Samstagen, um ein der gleichmäßigen Arbeitszeitverkürzung entgegenstehendes Hindernis hinwegzuräumen. Weniger freie Hand haben die Behörden für die Gestaltung von Ausnahmen für die jugendlichen Arbeiter. Diese müssen, sobald ihre Arbeitszeit sechs Stunden überschreitet, eine mindestens einstündige Mittagspause und vormittags und nachmittags je eine halbstündige Pause haben. Wo man den jugendlichen Arbeitern die einstündige Pause, oder zwei halbstündige, aus Betriebsgründen nicht glaubt geben zu können und mehr als sechs Arbeitsstunden braucht, führt man eben die englische Arbeitszeit nicht ein oder man schafft, um sie einführen zu können, den Stein des Anstoßes ab, die jugendlichen Arbeiter. Der nächste Schritt, die Einführung des freien Samstagnachmittags zu erleichtern, könnte nach dem Vorschlage der badischen Fabrikinspektion vielleicht durch eine Hinzufügung zu § 139 Abs. 2 der Gewerbeordnung geschehen, des Inhalts, daß in Betrieben, welche die nicht länger als sieben Stunden dauernde Arbeit nicht nach eineinhalb Uhr nachmittags schließen, die Gewährung einer halbstündigen oder zwei viertelstündiger Pausen an die jugendlichen Arbeiter, zugleich mit den Arbeiterinnen und erwachsenen Arbeitern, genüge. Gewiß sei es erwünscht, daß die Samstagarbeit möglichst früh schließe, am besten schon zur Zeit des Beginns der sonst üblichen Mittagspause. Dies sei jedoch nicht überall zu erreichen. Technische und kaufmännische Erwägungen sprächen hierbei mit. Auch andere Gründe könnten in Frage kommen. Wo die Arbeiter die Eisenbahn benützen, um ihre Heimstätte zu erreichen, sei es verfehlt, den Betrieb schon am Mittag oder um 1 Uhr zu schließen, wenn der erste benüzbare Zug erst um 1 oder 2 Uhr abgeht.

Daß diese Verkürzung der Pausen für unsere jugendlichen Arbeiter im Interesse eines genügenden Jugendschutzes zu befürworten wäre, möchten wir nicht so ohne weiteres bejahen. Jedenfalls würde der Wert des freien Samstagnachmittags dadurch eine nicht unwesentliche Beeinträchtigung erfahren. Immerhin ist dieser Vorschlag der Prüfung wert.

Ueber die Bedeutung des freien Samstagnachmittages macht der badische Gewerbeinspektionsbericht recht bemerkenswerte Ausführungen. Er preißt den Fröhlichschluß an Samstagen als „ein bedeutendes Glied in der Kette sozialhygienischer Ver- richtungen“.

„Die freien Nachmittage werden überall vernünftig und nutzbringend verwertet. Mißbräuche sind nirgends bemerkt worden. Von dem Vorbehalt, daß zur alten Arbeitszeit zurückgekehrt werde, falls sich Anstände ergäben, machte, soweit bekannt wurde, kein Arbeitgeber Gebrauch. Daß unverheiratete junge Leute ihre freie Zeit oft verträdeln, kann nicht ins Gewicht fallen den Vorteilen gegenüber, die der Gesamtheit zugute kommen. Männer, Frauen und Hauskinder, die bisher die Mittagsmahlzeit in der Familie nur am Sonntag zu sich nehmen konnten, gewinnen einen zweiten Mittagstisch zu Hause. Die Ehepaare finden sich in häuslicher Arbeit zusammen. Ordnung und Reinlichkeit wird größer, die eigene Lebensführung wird sorgfältiger. Auch für den Vater ist manches zu tun im Hause, mit allerlei Werkzeugen. Briefe werden geschrieben, Gänge erledigt, Besorgungen gemacht. Wer eine kleine Fläche

anbaut oder Vieh hält, arbeitet in Garten, Feld oder Stall. Die Frau wird entlastet. Auch die Kinder kommen mehr zu ihrem Recht. Wer nichts zu schaffen hat, der ergeht sich im Freien oder treibt Leibesübungen. Mancherorts ist der freie Samstagnachmittag auf Wunsch der Arbeiter, die im Winter nichts zu beginnen wissen, auf die Sommermonate beschränkt. Ueber den unmittelbaren wirtschaftlichen und hygienischen Nutzen hinaus wirkt der freie Samstagnachmittag in den Sonntag hinein, indem er diesen von Arbeit befreit und ihm die Leib und Seele erquickende festliche Ruhe gibt, ihn zu einem wahren Feiertag gestaltet. Dadurch, daß Einkäufe, die sonst nur am Samstag Abend oder am Sonntag gemacht werden konnten, jetzt am Samstag Nachmittag erledigt werden können, entfällt für viele andere die Möglichkeit erwünschter Freistunden. Sie kann entstehen, wenn der Arbeiter seiner Pflicht als Konsument bewußt wird und sie richtig ausübt. In den Betrieben wirkt der freie Nachmittag glänzend auf die Ordnung. Arbeitsverräumnisse an den Wochentagen werden seltener, es wird weniger Urlaub zu häuslichen Arbeiten und Besorgungen erbeten. Reparaturen und Reinigung lassen sich ohne Benützung des Sonntags vollziehen. Für die Arbeitgeber selber wird ein Wochenachmittag frei, den mancher sehr wohl zu schätzen weiß. So ist der freie Samstagnachmittag ein bedeutungsvolles Glied in der Kette sozial-hygienischer Einrichtungen."

Der „Textilarbeiter“ über unsere Bewegung im Münsterlande.

Es waren entseßliche Wandwürmer, die von dem „Textilarbeiter“ unter der Ueberschrift „Zur Naturgeschichte der „christlich“-kerikalischen Arbeiterbewegung im Münsterlande“ produziert wurden. Nachdem zehn dieser Dinger vom Stapel gelassen sind, scheint der „Textilarbeiter“ etwas Erleichterung bekommen zu haben. Wer die Verhältnisse im Münsterlande kennt und den Inhalt der Artikel auf sich wirken läßt, der kann sich eines Gefühls des Efels vor der in den Artikeln zu Tage tretenden Lügenmoral und Gehässigkeit in der Belämpfung des Gegners nicht erwehren. Schaden kann uns der „Textilarbeiter“ mit seinen Lügenartikeln allerdings nicht. Wenn wir dennoch auf seine Schreiberereien zurückkommen, dann aus dem Grunde, um die Methode des „Textilarbeiters“ kurz zu kennzeichnen und um unseren Mitgliedern, die den „Textilarbeiter“ zwar ohnehin schon kennen, den Kampf mit einem strapelloßen Gegner etwas zu erleichtern.

Aus besonderen Gründen hat sich der „Textilarbeiter“ das Münsterland zum Angriffsfeld der Tätigkeit unseres Verbandes ausgesucht. Gegenwärtig hat er die Entdeckung gemacht, daß die „katholische Kirche und das Zentrum“, welche „keine selbständige Arbeiterbewegung wollen“, im Münsterlande unsere Bewegung „tot“ gemacht haben. Unser Verband dient im Münsterlande „nur den arbeitserfindlichen Zwecken der Kirche und des Zentrums“. — Mit solchen fanatischen und phantastischen Konstruktionen kann der „Textilarbeiter“ bei vernünftigen Arbeitern keinen Eindruck machen; höchstens bei fanatisierten und urteilslosen Menschen.

Womit beweist nun der „Textilarbeiter“ seine Behauptungen? Er führt fast sämtliche Bewegungen an, die im Münsterlande einen mehr oder weniger allgemeinen Charakter annehmen, und nach seinen Darlegungen sind die Arbeiter bei allen Bewegungen betrogen worden, unser Verband hat „nichts, garnichts!“ erreicht. Dabei scheut sich der „Textilarbeiter“ nicht, sämtliche Veröffentlichungen der Arbeitgeber, die ihm für seine Zwecke passen, zur „Beweisführung“ zu benutzen. Trotzdem er sonst die Schlechtigkeit der Unternehmer nicht genug an den Branger stellen kann, benützt er die Veröffentlichungen der münsterländischen Arbeitgeber, um die angebliche gewerkschaftliche Erfolglosigkeit unseres Verbandes zu beweisen. Die Feststellung dieser Tatsache ist schon bezeichnend für den „Textilarbeiter“. Wo die zusammenhanglos gebrauchten Waffen aus dem Unternehmertum für seine „Beweisführung“ nicht hinreichen, „ergänzt“ er sie durch seine eigenen lügenhaften Behauptungen.

Wir gehen auf all die Behauptungen des „Textilarbeiter“ und auf die einzelnen Bewegungen im Münsterlande nicht näher ein. Besonders auch deshalb nicht, weil Behauptungen keine Beweise sind. Wir wollen vorerst nur das, was wir auf frühere Anzettelungen des „Textilarbeiter“ bereits betonten, wiederholen, nämlich: daß unser Verband im Münsterland mehr getan und erreicht hat als der „deutsche“ Verband in den Bezirken, wo er in gleicher Stärke vertreten ist, wie wir im Münsterlande. Des weiteren kann mit Recht behauptet werden, daß die Verhältnisse im Münsterlande einen Vergleich mit Gegenden, in denen der „deutsche“ Verband dominiert und die als Konkurrenzgebiete der Industrie des Münsterlandes in Betracht kommen, recht gut aushalten können.

Gewiß hatten wir Bewegungen im Münsterlande, wo wir infolge der Umstände den Kampf nicht aufnehmen konnten. Mit solchen Bewegungen hat jede Organisation zu rechnen. Im allgemeinen hat aber unser Verband die großen Bewegungen im Münsterlande mit Erfolg durchgeführt. Darunter befinden sich manche — wir erinnern z. B. an die letzte große Bewegung in Bocholt — die, wenn der „deutsche“ Verband sie geführt hätte, vom ihm ganz gewiß als „gewaltige Siege der starken und mächtigen freien Textilarbeiterorganisation“ gefeiert würden. Wir haben solche Niederlagen, wie sie der „deutsche“ Verband 1905 in Sachsen-Thüringen, 1906 in Forst, 1907 in Vangerhieselau, 1908 im Erzgebirge, 1910 in Forst und 1912 in Neumünster erlitten hat, nicht zu verzeichnen. Das möge der „Textilarbeiter“ sich gelagert sein lassen.

Unter anderem hat der „Textilarbeiter“ in seinen Kampfsartikeln auch in Statistik gemacht. Und zwar in recht bezeichnender Weise: genau so, wie man es von ihm, entsprechend seines bisherigen Verhaltens, erwarten konnte. Der „Textilarbeiter“ führt, von 1891 an gerechnet, die Jahresdurchschnittslöhne, die nach den Feststellungen der Berufsgenossenschaften in den Berichten der münsterländischen Handelskammer veröffentlicht wurden, an. Er rechnet dann aus, daß in den Jahren von 1901—1911, also in den Jahren, wo die „starke und leistungsfähige christliche Organisation für die Arbeiter eintrat, der Lohn nur für ungefähr den vierten Teil der Arbeiter um ein Geringes höher gemein“ sei als in den zehn Jahren vorher, von 1891—1901, wo der christliche Verband noch nicht da war. Auf diese Weise Vergleiche anzustellen, mag eine Rechenaufgabe für Schulkinder sein, Leute, die ernst genommen sein wollen, sollten nicht auf ein solches Niveau herabsinken. Spielen denn in solchen Zeiträumen Konjunktur, Entwicklungsverhältnisse des betreffenden Bezirks usw. gar keine Rolle? Interessant ist auch, daß der „Textilarbeiter“ die Löhne nur bis 1911 anführt. Die Steigerung von 1912 paßt anscheinend nicht für seine Zwecke. Wenn wir dem Beispiele des „Textilarbeiter“ folgen wollten, könnten wir in Bezug auf die Tätigkeit unseres Verbandes im Münsterlande an Hand der durch die Handelskammerberichte veröffentlichten Löhne gerade das Gegenteil von dem beweisen, was der „Textilarbeiter“ beweisen will. Wenn wir die Zahlen von 1905 an (denn von da an kann man entsprechend der Mitgliederzahl erst von einem größeren Einfluß unseres Verbandes im Münsterlande reden) bis 1912 zu Grunde legen, so ergibt sich folgendes Bild:

In der Baumwollindustrie eine Steigerung von 749,00 auf 857,60 M. = 108,60 M. in sieben Jahren, oder 15,50 M. pro Jahr. Der „Textilarbeiter“ gibt von 1901—1911 pro Jahr 12,19 M. an. In der Leinen- und Zuteindustrie ergibt sich eine Steigerung von 1905—1912 um 142,60 M. (von 717,80 auf 860,40 M.), das macht eine jährliche Steigerung von 20,37 M. Von 1901—1911 gibt der „Textilarbeiter“ 18,84 M. an.

Also auch diese Felle schwimmen dem „Textilarbeiter“ wieder weg. Wir brauchen uns in solch zweifelhafter und tendenziöser Weise der Statistik wahrhaftig nicht zu bedienen, um nachzuweisen, daß in den Gebieten, wo der „mächtige und große deutsche“ Textilarbeiterverband dominiert, z. B. im roten Sachsen, die Löhne erheblich niedriger sind. Möge der „deutsche“ Verband dort seine Kraft mal entfalten.

Des weiteren hat sich der „Textilarbeiter“ der Mühe unterzogen, das Münsterland nach den dort vorhandenen Millionenären, unter denen ihm die große Zahl der Textilindustriellen recht auffällig erscheint, abzusuchen. Wir brauchen zur Verteidigung dieser „Textilkapitalisten“ keine Beden zu rühren, möchten aber dem „Textilarbeiter“ nur bemerken, daß manche dieser angeblichen Millionenäre ihren Reichtum zum großen Teil dem Umstand verdanken, daß sie sich „einen reichen Vater wählen“ konnten. In einigen Orten des Münsterlandes, wo in den letzten Jahren Fallissements vorliefen und Betriebe eingingen (wir erinnern beispielsweise an Coesfeld, wo jetzt innerhalb einiger Jahre bereits der dritte Betrieb vor der Stilllegung steht), hätten sich unsere Mitglieder einige „Millionäre zur Belebung des Geschäftes“ gewünscht. Im übrigen möge sich der „Textilarbeiter“ beruhigen.

In der wirksamen und erfolgreichen Vertretung der Arbeiterinteressen und der Bekämpfung des „ungerechten Mammons“ stehen wir ihm sicher nicht nach. Vielleicht hält er in den Reihen der sozialdemokratischen „Vergesellschaftlichungspartei“ mal Umschau nach Millionenären. Ferner werden ihrer im roten Sachsen auch mehrere sein als im Münsterlande.

Nach der Logik des „Textilarbeiter“ muß das bei den dortigen niedrigeren Löhnen doch der Fall sein, denn sonst würden die sächsischen Unternehmer an Geschäftstätigkeit gegenüber ihren münsterländischen Kollegen weit zurückstehen.

Recht bezeichnend für den „Textilarbeiter“ sind seine Auslassungen im Schlussartikel der Serie. (Nr. 13 des „Textilarbeiters“). Dort heißt es, daß die Textilarbeiter den „ungehörten Besitz ihres Reichthums, ihre unbeschränkte Selbstherrlichkeit“ den christlichen Gewerkschaften verdanken. Des weiteren führt dann der „Textilarbeiter“ aus, daß als die dritte Institution (außer dem katholischen Kapital und dem politischen Zentrum) der „ehrenwerte Stand der christlichen Arbeiterführer“ Vortritt von der christlichen Gewerkschaftsbewegung habe. Gegen solche Gemeinheiten polemisiert man nicht. Man kann solche Auslassungen fanatischen und überspannten Hasses nur niedriger hängen und mit einem Pfui! begegnen.

Was mag nun die tiefere Ursache der geradezu beispiellos dastehenden Kampfes- und Verleumdungsart des „Textilarbeiter“ gegen unseren Verband sein? Sie dürfte hauptsächlich in folgendem zu suchen sein: Zunächst leidet den „Textilarbeiter“ der Gedanke: „Rache für Krefeld!“ Und des weiteren werden die Mitglieder des „deutschen“ Verbandes durch solche unverantwortliche Behauptungen von den mißlichen Verhältnissen in der eigenen Organisation abgelenkt. Wir haben vorläufig keine Veranlassung, auf den ersten Punkt zurückzukommen. Mittlerweile hat ja auch unsere damalige Taktik in Krefeld eine glänzende Rechtfertigung durch den Kemperer Prozeß gefunden. Was nun den zweiten Gesichtspunkt angeht, so wollen wir hier nur bemerken, daß es wirklich nicht zu Gunsten einer Organisation spricht, wenn sie zu solchen Abenteuermärschen greift. Glaubt denn der „Textilarbeiter“ wirklich, mit der Art seines Vorgehens dem Gewerkschaftsgedanken und der Arbeiterschaft zu nutzen? Wir können das nur entschieden verneinen. Deshalb müssen wir es im wohlverstandenen Interesse der Arbeiterschaft selbst ablehnen, dem „Textilarbeiter“ auf dem von ihm beschrittenen Wege zu folgen.

Allgemeine Rundschau.

Vorstandsausschuss — Ehrenamt.

Lange nicht immer werden die Posten der Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner in unseren Ortsgruppen wirklich als Ehrenämter betrachtet, viel öfter empfindet man sie als eine Last. Es ist darum in manchen Ortsgruppen gar nicht leicht, geeignete Kräfte zu finden. Und doch müssen wir sowohl im Interesse der Organisation als auch im ureigensten Interesse der Mitglieder selbst darnach streben, die Zahl der zur Uebernahme eines solchen Ehrenamtes Bereitwilligen zu vermehren. Das kann, wie das Organ des christlichen Malerverbandes als auch ich schreibt, nur geschehen durch die Erziehung zu einer tieferen Auffassung der Bedeutung des Ehrenamtes.

Der Arbeiterstand hat sich mehr und mehr zu einem wichtigen Bestandteil im Organismus unseres Volkes entwickelt. Damit wuchs aber auch die Bedeutung seiner Organisation für das Gesamtleben, für das richtige Funktionieren des gesamten Organismus. Umso wichtiger und bedeutsamer aber ist es dann auch, schreibt der „Deutsche Maler“, daß der organisierte Arbeiterstand seine Pflichten gegenüber dem Gesamtorganismus nicht nur erkennt, sondern auch seine Angehörigen dafür vorbereitet, wichtige Funktionen im Gesamtorganismus übernehmen zu können. Und gerade aus diesem Gedanken heraus sind die Ehrenämter in den körperschaftlichen Organisationen dem Sinne und Gedanken nach entstanden. Sie sollen eine gewissenhafte Vorbereitung sein auf die Ausübung wichtiger Funktionen innerhalb des großen Organismus des gesamten Volksebens. Wer sich in kleinem betätigt hat, der ist auch fähig, sich innerhalb eines größeren und bedeutenderen Kreises zu betätigen.

Dieser Gedanke nun muß auch heute noch die Kollegen befehlen, die für Ehrenämter gewählt werden. Ihnen muß immer das größere Ganze vor Augen stehen. Wir müssen in der Arbeiterschaft dazu kommen, eine möglichst große Zahl von Leuten zu haben, die sich in irgend einer Richtung der großen Bewegung des Arbeiterstandes bewährt und dadurch den Beweis geliefert haben, daß die Arbeiterschaft allmählich reif wird, im Staatsleben an den wichtigsten Institutionen sich verdienstvoll zu betätigen. Erst dann ist die Arbeiterschaft wirklich emanzipiert, wie ein viel mißbrauchtes Schlagwort lautet.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß es durchaus verfehlt ist, das Ehrenamt immer nur als Last aus der Gegenwart heraus aufzufassen. Wir müssen darin die uns gebotene Möglichkeit erblicken, eine Stufe höher zu steigen in der kulturellen Betätigung, indem wir nämlich von unten herauf anfangen, zeigen, daß wir nicht erst warten wollen, bis eine große umwälzende Umwälzung kommt, sondern bereit sind, überall, wo es nützt, schon jetzt in die Bresche zu springen. Auf diese Weise ehren wir uns durch die Uebernahme und — was ja eigentlich noch wichtiger ist — durch die getreue Ausfüllung eines Ehrenamtes selbst und mit uns die Bewegung, deren ideale Grundlage uns den Willen verliehen hat, uns im Sinne eines größeren Ganzen, über das zunächst liegende Interesse unserer selbst hinaus, zu betätigen.

Ein Kampf ums Koalitionsrecht.

Die Arbeiter der Keksfabrik „Holland“ in Cleve schlossen sich bereits im vergangenen Jahre dem christlichen Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverbande an. Sofort setzte die Firma mit Maßregelungen ein. Um sich nun dauernd vor der Organisation ihrer Arbeiter zu sichern, wurde ein Nachtrag zur Arbeitsordnung erlassen, wonach die Arbeiter verpflichtet sind, der Firma sofort mitzuteilen, wenn sie sich organisieren. Es erfolgt dann sofortige Entlassung. Im übrigen ist die 14-tägige Kündigungsfrist maßgebend. Trotz dieser Bestimmung in der Arbeitsordnung schlossen sich vor etwa drei Wochen die meisten dort beschäftigten Arbeiter wieder dem Verbande an. Abermals wurde mit Maßregelungen eingesetzt und zwar in wenigen Tagen 25 Arbeiter entlassen. Daraufhin erklärten sich die übrigen organisierten Arbeiter solidarisch und beschloßen den Streik. Mehrfache Verhandlungen — auch vor dem als Einigungsamt zusammengetretenen Cleber Gewerbegericht — erwiesen sich als erfolglos. Die Firma glaubt, sie könne durch einen Boykott nicht erfaßt werden, weil sie hauptsächlich Keks und Biskuits herstellt, die von Arbeitern nur in geringerem Maße konsumiert würden. Wenn sich die Firma nur nicht gewaltig täuscht. Vorläufig ist es gelungen, den Betrieb von vollwertigen Ersatzkräften freizuhalten, sodaß der Streik für die Arbeiter gut steht.

Der christliche Metallarbeiterverband.

Unser Bruderverband aus der Metallindustrie veröffentlicht in der letzten Nummer seines Organs „Die Abrechnung vom Jahre 1913“. Zwar hat der Verband während der Berichtszeit infolge der schlechten Wirtschaftsverhältnisse einen kleinen Mitgliederrückgang aufzuweisen, jedoch ist als erfreulicher Umstand zunächst anzuführen, daß die Zahl der jugendlichen Mitglieder nicht unerheblich zugenommen hat und daß sich seit den letzten Monaten des vergangenen Jahres auch die Gesamtmitgliedersziffer wieder auf dem Vormarsche befindet. Daß die christliche Metallarbeiterorganisation im vergangenen Jahr eine weitere innere Kräftigung erfuhr und außerordentlich stark fundamementiert ist, geht aus dem Massenabstufung hervor. Trotz des Mitgliederrückganges und der Zunahme der Jugendlichen,

die in einer niedrigeren Jugendklasse zahlten, ist die Betragleistung im Vergleich zum Vorjahre um 82.194 Mark gestiegen. Die reinen Einnahmen des Verbandes stellten sich im Vorjahre wie folgt:

Table with 2 columns: 1912 M., 1913 M. Rows include: Eintrittsgeld, Beiträge, Delegiertenbeiträge, Lokalbeiträge, Sonstige Einnahmen.

Damit haben die christlichen Metallarbeiter zum ersten Male für ihre Organisation über eine Million an Beiträgen aufgebracht.

Einen Vergleich der Unterstützungsleistungen des Verbandes während der letzten drei Jahre ergibt ein fortwährendes Steigen der für Unterstützung der Mitglieder aufgewendeten Summen. Der Verband verausgabte an:

Table with 3 columns: 1911 M., 1912 M., 1913 M. Rows include: Reiseunterstützung, Umzugunterstützung, Erwerbslosenunterstützung, Streikunterstützung, etc.

Das sind rund 100000 M. mehr an ausgezahlten Unterstützungen als wie im Jahre 1912. Das Verbandsvermögen ist trotz der bedeutenden Mehrausgaben für Unterstützungen um 221877,60 M. gestiegen und beträgt jetzt 1649967,54 M.

Wohnungsnot!

Das es kinderreichen Arbeiterfamilien immer schwerer fällt, eine Wohnung zu erhalten, ist bekannt. Dieser Uebelstand führte kürzlich in Duisburg zu folgendem Drama: Ein 37-jähriger verheirateter Arbeiter, Vater von sieben Kindern, ließ sich von einem Schnellzug zermalmen, weil ihm die Wohnung gekündigt worden und er eine neue nicht finden konnte.

Wohnungsnot wirkt diese traurige Tat aber ein bezeichnendes Licht. Die „Röln. Ztg.“ (Nr. 385, 1914) schildert dieses Wohnungsleiden wie folgt:

Mehrere Vorkommnisse aus den letzten Tagen haben nun gezeigt, daß jene Prophezeiungen von einer außerordentlichen Wohnungsnot im Industriegebiet in einigen Kommunen sich nicht als unbegründet erwiesen haben, vor allem in Dortmund. Dort hat eine große Zahl von Arbeiterfamilien, die Wohnungsmiete zahlen wollen und können, zum 1. April eine neue Wohnung nicht bekommen können.

Jetzt, wo der von erfahrenen Kommunalpolitikern laut „Röln. Ztg.“ längst vorausprophetezte Wohnungsmangel da ist und solche erschreckenden Folgen zeitigt, will man auch eingreifen. So hat die städtische Verwaltung in Dortmund beschlossen, dem Spar- und Bauverein ein Darlehen von 1 1/2 Millionen M. zu 4 1/2 Prozent Zinsen zu gewähren.

Weiter schreibt die „Röln. Ztg.“:

Auch in vielen anderen Stadt- und Landgemeinden des Industriegebietes herrscht ein großer Wohnungsnotstand, vor allem für kinderreiche Familien. Die Stadt Eberfeld hat hier einen ganz neuen Weg beschritten; sie will Ein- und Zweifamilienhäuser erbauen, in denen nur Familien mit mindestens fünf Kindern Unterkunft finden dürfen.

Infolge der außerordentlichen Belastung unserer Immobilien durch die Wehrsteuer, städtische Abgaben

sonstige Erhöhung des Zinsfußes seitens des Hypothekensanktions sind wir gezwungen, außer dem jeweiligen fälligen Mietbetrag eine Gebühr von 1,50 M. monatlich ab 1. April 1914 zu erheben und zwar bei der jeweiligen Mietzahlung. Da fast sämtliche Hausbesitzer Dortmunds den zehnfachen Betrag, als wir eben angenommen, gesteigert haben, sehen wir selbstredend bei dieser geringen Summe ihr Einverständnis voraus, andernfalls eine Lösung des Mietverhältnisses in Erwägung gezogen werden muß.

Und angesichts solcher Notstände haben die Schorfmacher mit ihrer Geselligkeit den Mut, einen Stillstand der staatlichen und kommunalen Sozialpolitik zu verlangen! Solche Zustände zehren ja geradezu am Mark des Volkes. Sie zu beseitigen ist eine im Interesse des gesamten Volkswohles liegende Forderung.

Krach unter den Krefelder Genossen.

Im Krefelder Genossenlager ist wieder einmal ein Skandal ausgebrochen. Diesmal in der sozialdemokratischen Konsum- und Produktivgenossenschaft. Bereits ist der gesamte Vorstand und Aufsichtsrat der Genossenschaft seines Amtes entsetzt worden.

Auf einer Generalversammlung wurde geklagt, daß innerhalb der Verwaltung der Genossenschaft Zustände herrschten, wie sie in fast keinem kapitalistischen Unternehmen mehr anzutreffen seien, ein Herrenstandpunkt, wie er krasser nicht angenommen werden könne.

Zusammenschluß.

Eine ungehaltene Gewerkschaftsrede an die Frauen.*)

Was ist dein Mann? Wahrscheinlich kein Millionär und Großunternehmer, sondern ein Mann in bescheidenen Lebensstellung. Vielleicht ein Handwerker oder ein Arbeiter. Das Glück ist ihm nicht so hold gewesen wie dem und jenem, es ist im Leben wie in der Lotterie; die meisten Treffer sind keine Summen, das große Los aber kann jedesmal bloß einer von Hunderttausenden gewinnen.

Nun, und die reichen Leute haben doch auch ihre Not mit dem Leben, haben nicht selten Verger und Verdruß mit dem Geschäft, mit der Familie, mit ihren Standesgenossen, und in ihrem Inneren haben sie oft trotz aller äußeren Glitters nicht so viel Sonnenchein und so viel lauterer Lebensglück wie viele Leute in bescheidenen Stellung.

Besonders heute, wo jeder frei und auf sich selbst gestellt ist, und jeder Mann hat die Verantwortung für sich und seine Familie, da ist es oft genug eine schwere Aufgabe, besonders in der Stadt, wenn man allein steht und hat keinen richtigen Anstoß. Ist doch manch einer mit seiner Familie wie eine entwurzelte Pflanze! Und gleichwie die Pflanze aus dem Trief der Selbsterhaltung heraus ihre Wurzeln ausstreckt nach einem Erdreich, und wie sie sich der Art dieses Erdreiches anpaßt, so suchen auch die entwurzelten freien Menschen von heute nach einem neuen Wurzelboden für Menschenleben.

Als die Bauern frei geworden waren, und die Scholle gehörte ihnen als ihr Eigentum, da kam oft der einzelne in bittere Not. Er hatte kein Geld, um zu

Martini den Zins zu zahlen, um das nötige Saat Korn, Ackergeräte und Vieh zu kaufen, und so trieb ihn dann die Not wohl dazu, sich an den Wucherer zu wenden.

Wenn es nun ans Verkaufen geht, so tragen die Bauern das eingenommene Geld zur Darlehnskasse; haben sie Geld nötig, so bekommen sie das Geld von der Kasse zu mäßigem Zinsfuß. Die Kasse verrechnet Einnahmen und Ausgaben gegeneinander, und der Bauer hat keinen Verlust mehr dabei. Siehst du, so ist für die Bauern von heute der neue Wurzelboden der Zusammenschluß mit ihren Berufsgenossen zur Darlehnskassengenossenschaft.

Aber sie gehen noch einen Schritt weiter: die einzelne Dorfgemeinschaft bloß auf sich selbst gestellt kann nicht viel machen und nichts durchgreifendes leisten. Die eine hat Geld zubielt und weiß augenblicklich nicht wohin damit, die andere hat gerade mehr nötig, als augenblicklich in der Kasse ist, und weiß nicht, woher es nehmen.

Deshalb schließen sich die einzelnen Genossenschaften zu einer Zentralgenossenschaft zusammen. Jetzt können sie Hand in Hand arbeiten, sich gegenseitig austauschen und helfen, besonders da ja der Verkehr im Zeitalter der Post, der Telegraphen und Telephons keine großen Schwierigkeiten mehr macht. So bleibt jeder Eigentümer des Seines, er kann voranstreben und zu etwas kommen, und trotzdem stehen sie alle füreinander ein, und der eine hat an anderen Stütze und Hilfe.

Auch noch zu anderen Berufsverbänden, zu Bezugs- und Abzuggenossenschaften der verschiedensten Art, schließen sich die Bauern zusammen.

*) Wir entnehmen diese „Rede“ der No. 2, Jahrgang 1914 des Heftens: Die Frau im Volkverein.

Genau so wie die Bauern schließen sich auch allmählich die andern Stände des Volkes zu solchen Berufsverbänden zusammen, und zwar muß jeder Stand es so machen, wie es seiner Eigenart angepaßt ist und seinen Bedürfnissen am besten entspricht. Der Rückhalt aber, den die einzelnen haben, das ist die gemeinsame Kasse, das gemeinsame Vermögen, wodurch der eine dem anderen hilft und ihm den Rücken deckt.

So kommt denn allmählich wieder etwas ganz Neues heraus, wie sie es im Mittelalter hatten, bloß nicht für die einzelne Stadt und ihren Umkreis, sondern gleich im großen Rahmen, für das ganze Deutsche Reich.

Da haben sich die Großunternehmer heute zu solchen Verbänden zusammengetan, ähnlich wie es im Mittelalter die Kaufmannsgebilden waren. Alle Rechtsbesitzer sind z. B. zusammengeschlossen zum Kohlenyndikat. Sie treffen darin Vereinbarungen über diejenigen Mengen von Kohlen, welche die einzelne Zeche fördern darf, damit keine Ueberförderung kommt und sie schließlich gezwungen wären, die Kohlen zu Scheuderpreisen zu verkaufen, machen unter sich die Preise der Kohlen aus, um einen ordentlichen Gewinn daraus zu erzielen. So wird die freie Konkurrenz ausgeschaltet, es kommt Stetigkeit und Uebersichtlichkeit in den Bergbaubetrieb, und das ist sowohl für den Unternehmer, wie auch für die Arbeiter von großem Vorteil.

Ähnlich sind die Inhaber der Stahlwerke zusammengeschlossen zum Stahlwerksverband. Und jeder, der im Geschäft vorankommen will, ist förmlich gezwungen, mitzutun, um an den Vorteilen seinen Anteil zu haben, die der Verband ihm bietet.

Alle jene Industriezweige, die gleichartige Waren erzeugen, sind so auf dem Wege des Zusammenschlusses, und die meisten Berufsgenossenschaften und gerade die einsichtigen tun mit, weil sie eben erkennen, daß sie so weiter kommen als mit einer schrankenlosen Konkurrenz, wo der eine den anderen auspreßt und schließlich selbst nicht mehr seines Lebens sicher wäre. Ja, sie üben auch auf diejenigen, die sich noch nicht zum Anschluß verstehen wollen, einen Druck aus, um sie für die Organisation zu gewinnen.

So haben sich auch die Kaufleute und Handwerker zu Berufsverbänden zusammengeschlossen, gründen ihre Kreditgenossenschaften, ihre Einkaufsgenossenschaften, ihre Detailistenverbände, ihren Kabattiparverein und dgl. Auch sie müssen bemüht sein, nach Möglichkeit alle Berufsgenossenschaften zusammenzubringen, weil der einzelne, der nicht mittäte, doch wieder den anderen eine sogenannte Schmutzkonkurrenz machen könnte.

wahren, sei ein Systemwechsel. Daher der Antrag auf Entlassung des Vorstandes und Aufsichtsrates.

Auch der Bäckerverband soll seine Mitglieder gegenüber dieser Verwaltung im Stiche gelassen haben. Man ließ der angeklagten Geschäftsleitung, Vorstand und Verwaltungsrat, nicht einmal ausreichend Gelegenheit, sich zu verteidigen.

Dieser hat nun in der sozialdemokratischen Krefelder Volkstribüne eine umfangreiche Erklärung veröffentlicht, worin allerdings die Dinge wesentlich anders dargestellt werden. Von einem „Herrenstandpunkt“ könne durchaus keine Rede sein, aber Ordnung und Disziplin müßten auch in der Genossenschaft herrschen.

Wir können nicht entscheiden, welche von den beiden Parteien im Rechte ist, aber jedenfalls werfen diese Dinge ein grelles Licht auf die Zustände im Lager der Krefelder Genossen. Dieser neueste Stand ist ein weiterer Beweis dafür, daß der Radikalismus unter der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Krefelds schon recht weit gebieter ist.

Genossen als Arbeitgeber.

In letzter Zeit konnte öfter denn je über Differenzen zwischen den Leitern sozialdemokratischer Genossenschaftsbetriebe und ihrem Personal berichtet werden. Es ist eben auch in den Betrieben lange nicht alles Gold, was glänzt. Das zeigt nachstehendes Schreiben, das wir der „Solidarität“, dem Organ des gleichnamigen christlichen Radfahrerbundes entnehmen:

Konsum- und Sparverein Dortmund-Hamm. Dortmund, 4. März 1913. Mitteilung an Fräulein Emilie P. . . . Dortmund.

Der von Fräulein E. S. dortselbst nachgesuchte Urlaub, 1/2 Tag, am 8. Dezember 1913 wird hiermit bewilligt.

Sie wollen Fräulein E. gest. Mitteilung hiervon machen. Den Lohn für diese Zeit im Betrage von Mark 0,67 wollen Sie gest. bei der nächsten Lohnzahlung in Abzug bringen. Die Zeit der Abwesenheit des Fräulein E. ist auf dem Monatsbericht unter der Rubrik „Gefehltes Personal“ aufzuführen.

Dieses Schreiben wollen Sie der Monatsabrechnung ebenfalls beifügen. Mit gen. Gruss! Konsum- und Sparverein Dortmund-Hamm E. G. m. b. H. gez. P. Gärtner.

Der Konsumverein steht unter sozialdemokratischer Leitung. Das Schreiben zeugt von wenig sozialer Gesinnung.

Ueber eine ähnliche Handlungsweise anderer sozialdemokratischer Konsumvereine wurde auf der am 1. April stattgefundenen Reichskonferenz sozialdemokratischer Lagerhalter berichtet. Die „Leipziger Volkszeitung“ (Nr. 77, 1914) schreibt darüber:

Der Vorsitzende gab nun der Konferenz davon Kenntnis, daß die Produktion in Hamburg und die Konsumvereine in Lübeck und Kiel den als Delegierten gewählten Kollegen mitgeteilt haben, daß sie für die Zeit ihrer Abwesenheit keine Bezahlung erhalten, resp. auf ihre Kosten eine Aushilfe stellen müssen. Die Konferenz nahm diese Mitteilung mit großer Enttäufung auf.

Auch über die genossenschaftlichen Schiedsgerichte zur Begleichung von Differenzen wurden manche Klagen laut. Das Vorstandsmitglied Döhnel-Berlin meinte, daß bei den Lagerhaltern sehr viel Mißstimmung herrsche gegen diese Schiedsgerichte. Die juristischen Beiräte des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine hätten nur wenig Verständnis für das Arbeiterrecht und für die Bestrebungen der modernen Arbeiterbewegung. Die Dinge lägen vielfach so, daß der durch den Mund der Genossenschaftsbeiträge sprechende Jurist dem sozial denkenden Arbeiter gegenüberstehe. Viele Verwaltungen erachten die für sie ungünstigen Schiedssprüche nicht als bindend. Hierfür erbrachte der Redner an Hand des Materials den Nachweis. In der Diskussion wurde betont, es habe keinen Zweck mehr, mit Schiedsgerichten zu arbeiten. Diese entschieden weder schneller, noch mit mehr sozialem Verständnis als die ordentlichen Gerichte. Schließlich wurde einstimmig nachstehende Resolution des Vorstandes angenommen:

„Die Konferenz nimmt Kenntnis davon, daß verschiedene Genossenschaften, die dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossen sind, daß zwischen Genossenschaftsverbänden und dem Verband der Lagerhalter bzw. der Handlungsgehilfen vereinbarte Schiedsgerichte oder die von diesen Schiedsgerichten gefällten Urteile nicht anerkannt haben.

Da durch dieses Verhalten einzelner Genossenschaften der Zweck der Schiedsgerichte illusorisch gemacht wird,

beauftragt die Konferenz den Zentralvorstand, dem Zentralverband deutscher Konsumvereine sowohl wie dessen Konsumvereinen, mit denen besondere Schiedsgerichtsverträge abgeschlossen wurden, die Pflicht aufzuerlegen, auf ihren Genossenschaftstagen die angeschlossenen Genossenschaften auf die Einhaltung dieses Schiedsgerichtsvertrages hinzuwirken.

Sollten wider Erwarten die Konsumvereine sich dann trotzdem nicht an die Vereinbarungen halten, so erklärt die Reichskonferenz der Lagerhalter, daß sie kein Interesse mehr an der Aufrechterhaltung dieser Vereinbarungen hat und ermächtigt den Vorstand des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen, die Aufhebung der Schiedsgerichtsverträge herbeizuführen.

Ferner wird der Vorstand beauftragt, in Zukunft sämtliche Konsumvereine, die den Vertrag nicht beachten oder ihn umgehen, der Öffentlichkeit als vertragsbrüchig bekanntzugeben.

Schließlich muß der sozialdemokratische Verband der Lagerhalter noch dazu übergehen, den Vorkott über eine Reihe sozialdemokratischer Konsumvereine zu verhängen. Die Perspektiven, die sich angesichts dieser Verhältnisse für den sozialistischen Zukunftsstaat eröffnen, sind nicht besonders rosig. Es menschelt eben auch unter den Genossen — und noch lange nicht am wenigsten.

Wahrheit 3 Prozent, Lüge 30 Prozent.

Vorstehende Uebersicht paßte eigentlich zu dem Artikelchen in Nr. 13 des „deutschen“ Textilarbeiters besser, als die: „Lohnerhöhung 3 Prozent, Lohnreduktion 30 Prozent“, unter welcher derselbe veröffentlicht wurde. Nach dem Artikel soll die Firma Herding A.-G. in Bocholt eine Lohnreduzierung vorgenommen haben, die für etliche Artikel 25—30 Prozent betragen soll. — Zunächst interessiert uns die Feststellung, daß 3 Prozent Lohnerhöhung gewährt sein sollen. Es wird uns bei dieser Lesart doch etwas sonderbar zu Mute, denn nach den bisherigen Behauptungen des „Textilarbeiter“ ist doch in Bocholt nichts erreicht worden. Und nun auf einmal 3 Prozent Lohnerhöhung?

Wie verhält es sich nun mit der angeblichen Lohnreduzierung, die für etliche Artikel 25—30 Prozent betragen soll? Es handelt sich um einen einzigen Artikel („Vittoria-Belour“), der in vier Qualitäten hergestellt wird. Der Artikel würde im Höchstsalle von 10 Webern bei der Firma verwebt werden können. Tatsächlich sind in den letzten Jahren im Durchschnitt höchstens vier Stühle mit dem Artikel belegt gewesen, was also entsprechend der Gesamtzahl der Weber und der Stühle bei der Firma in gar keinem Verhältnis steht. Der Lohn für die betr. Ware stand bei der Firma im Verhältnis zu den anderen Waren erheblich höher; desgleichen zahlten alle anderen Firmen am Orte dafür erheblich weniger. Eine Reduzierung des Artikels war von der Firma bereits früher angekündigt und ist jetzt vor kurzem durchgeführt worden. Die Firma berief sich früher darauf, daß sie die Ware besser in Lohnwebereien weben lassen könne. Der Artikel steht auch jetzt in der Entlohnung nicht unter dem Lohn, der im Durchschnitt für die anderen Waren bei der Firma gezahlt wird.

Es heißt dann weiter in dem Pamphlet des „Textilarbeiter“, daß der Arbeiterausschuß der Firma an die Unorganisierten herangetreten sei, damit diese vorstellig werden und die Lohnreduzierung rückgängig machen sollten. Tatsache ist, daß der Arbeiterausschuß zwei Mal wegen der Angelegenheit vorstellig geworden ist. Danach legte der Ausschuß den inbetracht kommenden Webern (wovon die Mehrzahl organisiert ist) nahe, mal selbst zu verhandeln, weil letzteres ausdrücklich zugesagt war.

So der wirkliche Sachverhalt. Wenn man denselben mit den Behauptungen des „Textilarbeiter“ vergleicht, wird man die Ueberschrift dieses Artikels verständlich finden. Ueber Bocholt haben die „Genossen“ während und nach der Bewegung nun schon soviel Unwahrheiten und Lügen verbreitet, daß man ein ganzes Buch darüber schreiben könnte.

Eine neue Aktion gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften.

Neuerdings wird auch aus Berlin gemeldet, daß der dortige Polizeipräsident von Jagow unter dem 1. April an einige in der Reichshauptstadt domicilierende sozialdemokratische Zentralverbände und Ortsvereine nachstehende Verfügung erlassen hat:

In Anwendung des § 8 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 ersuche ich Sie, binnen acht Tagen ein Exemplar der zurzeit gültigen Vereinsstatuten sowie ein der Gegenwart entsprechendes Vorstandsmitgliederverzeichnis mit Angabe der Vor- und Zunamen, des Standes und der Wohnung einzureichen.

Sollten Sie dieser Aufforderung keine Folge leisten, so wird gegen Sie auf Grund des § 132 Nr. 2 des Gesetzes über die Allgemeine Landesverwaltung vom 13. Juli 1883 eine Geldstrafe von 150 M. oder im Unvermögensfalle eine Haftstrafe von zwei Wochen festgesetzt und vollstreckt werden.

Zur Vermeidung der im § 18 am angeführten Ort angedrohten Strafen wollen Sie künftig von jeder Aenderung in der Zusammenfassung des Vorstandes, sowie von jeder Aenderung der Satzung binnen zwei Wochen nach erfolgtem Eintritt Anzeige machen.

Die Verfügung stützt sich auf das Allgemeine Landrecht. Etwaige Klagen müssen darum im Verwaltungsstreitverfahren erledigt werden. Wie die sozialdemokratische Presse meldet, hat das Oberverwaltungsgericht sich früher schon in einer Entscheidung auf den Standpunkt gestellt, daß, wenn der Zentralverband als politisch gilt, auch die Ortsvereine ohne weiteres als politische Vereine anzusehen sind.

Die von Jagowische Verfügung kann also für die von ihr betroffenen sozialdemokratischen Organisationen weit-

gehende Folgen haben. Tritt das Oberverwaltungsgericht dieser Verfügung bei, dann haben sämtliche Ortsvereine die Statuten und ein Verzeichnis der Vorstandsmitglieder einzureichen. Ebenso ist von jeder Aenderung der Statuten und in der Zusammenfassung des Vorstandes der Polizeibehörde Mitteilung zu machen. Das kann vor allem in ländlichen Gegenden, wo der Arbeitgeber nicht selten Bürgermeister und damit auch Vorsteher der Ortspolizeibehörde ist, oder mit dieser hoch enge freundschaftliche Beziehungen unterhält, zu unliebsamen Erscheinungen führen.

Wie wir über diese neuesten Polizeimaßnahmen gegenüber den sozialdemokratischen Organisationen denken, haben wir in der vorletzten Nummer unseres Organs schon ausgeführt. Diese Aktion richtet sich augenscheinlich nicht nur gegen die parteipolitische Betätigung der „freien“ Gewerkschaften zugunsten der Sozialdemokratie, sondern auch gegen die sozialpolitischen Bestrebungen in den Gewerkschaften und damit gegen die Gewerkschaftsbewegung überhaupt. Es ist wahrscheinlich nur eine Frage der Zeit, dann werden auch wir wieder diese kleinliche Nadelstichpolitik zu fühlen bekommen, denn auch die christlichen Gewerkschaften erheben ja sozialpolitische Forderungen und richten diesbezügliche Eingaben an die gesetzgebenden Körperschaften. Darum schon haben wir alle Veranlassung, dieser neuesten Aktion gegenüber auf der Hut zu sein, ganz abgesehen davon, daß man mit ihr lediglich Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie treibt.

Zum politischen Verein erklärt.

Am 27. Mai v. J. ließ der Polizeipräsident in Bochum dem Vorstand des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes die Verfügung zugehen, seine jugendlichen, unter 18 Jahre alten Mitglieder auszuscheiden, weil der Verband als politischer Verein im Sinne des Reichsvereinsgesetzes anzusehen und als solcher nicht berechtigt sei, Mitglieder unter 18 Jahren aufzunehmen. Der Verband kam dem nicht nach, westwegen am 8. Nov. 1913 über sämtliche Vorstandsmitglieder wegen Uebertretung der §§ 17 und 18 Abs. 5 des Reichsvereinsgesetzes 10 M. Geldstrafe verhängt wurden. Diese erhobenen Einsprüche und beantragten gerichtliche Entscheidung. Am Donnerstag, den 26. März, kam der Prozeß vor dem Schöffengericht in Bochum zur Verhandlung.

Nach eingehender Beweisaufnahme erkannte das Gericht wegen Uebertretung der §§ 17 und 18 Abs. 5 des Reichsvereinsgesetzes gegen jedes Vorstandsmitglied des Verbandes auf 10 M. Geldstrafe. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt:

Nach den Statuten sei der Verband als nicht politisch anzusehen. Es frage sich, ob der politische Charakter aus der Praxis hervorgehe. Auf Grund der ausgiebigen Beweisaufnahme sei zweifellos klar gestellt, daß der Verband für die Sozialdemokratie tätig sei, die Einwirkung auf politische Angelegenheiten von ihm auch bezweckt werde. Diese Ueberzeugung gewinne man aus den Artikeln der „Bergarbeiterzeitung“, auch die habe bekannt, daß man für bestimmte Kandidaten eingetreten sei, und da durchweg für Sozialdemokraten. Für andere Kandidaten sei man vom Verbands nur dann eingetreten, wenn ein Sozialdemokrat nicht beteiligt war. Die Redaktion der „Bergarbeiterzeitung“ werde nach § 48 des Statuts überwacht. Der Verband habe die Wahl von Sozialdemokraten begünstigt und dadurch den Einfluß der Partei gestärkt. Weitere Unterlagen für die Feststellung des politischen Charakters des Verbandes biete das Agitationsmaterial und das Instruktionbuch. Durch die Gewerkschaften suchte man die Wirte zur Abgabe der Stimmzettel für die sozialdemokratische Partei zu erziehen. Weiter befunde die Aufforderung zur Raifeier eine politische Betätigung im Sinne der Sozialdemokratie. Aus dem Verhalten der Ortsverwaltungen des Verbandes bei Wahlen lasse sich ebenfalls der Schluß bestimmter politischer Betätigung ziehen. Ein Zusammenarbeiten zwischen Partei und Verband beweise das zur roten Woche von letzterem an seine Vertrauensleute herausgegebene Zirkular. Das Gericht habe es dahingestellt gelassen, den politischen Charakter des Verbandes auch aus seiner sozialpolitischen Tätigkeit festzustellen.

Das letzt erwähnte Zirkular an die Vertrauensleute ersucht diese, die Wahlen zum Aktionsausschuß des Verbandes zu verschleppen, um nicht der sozialdemokratischen Hausagitation Abbruch zu tun.

Auch der sozialdemokratische Textilarbeiterverband meldet, daß der Vorsitzende seiner Bahnhöfe Messersdorf-Gebhardsdorf in Schloffen aufgefördert worden sei, binnen zwei Wochen die Satzung und ein Verzeichnis der Vorstandsmitglieder einzureichen. Da das abgelehnt wurde, wird es auch hier zur gerichtlichen Entscheidung kommen.

Macht und Glaube.

Der sozialdemokratische Genossenschaftler Hans Müller ist einer von denen, die die Unzulänglichkeit der materialistischen Weltanschauung der Sozialdemokratie und ihrer Ethik längst erkannt haben. Er ist der Ueberzeugung, daß auch die Sozialdemokratie die religiösen Kräfte auf die Dauer nicht entbehren könne. So schrieb er z. B. bereits im Jahre 1910 in den „Sozialistischen Monatsheften“ (S. 1656) folgendes: „Die Religion ist unbestreitbar eine der Motoren (Triebkräfte) fortschrittlich sozialer Entwicklung. Ich habe sogar auf Grund vieler Beobachtungen und Erfahrungen, speziell auf dem Gebiete der Genossenschaftsbewegung, die Ueberzeugung gewonnen, daß religiöse Kräfte sich beim Aufbau sozialistischer Wirtschaftsanorganisationen dauernd überaus nicht-entbehren lassen, und daß ohne sie jede sozialistische Bewegung verflachen muß.“

Das ist eine vollständige Verleugnung der materialistischen Weltanschauung. Eine solche Verleugnung enthält

auch jetzt wiederum ein Artikel „Macht und Glaube“, den Hans Müller in den „Sozialistischen Monatsheften“ (Heft 7, 1914) veröffentlicht. Er betont da neuerdings die Unzulänglichkeit der materialistischen Geschichtsauffassung und stellt im Gegensatz zu dieser fest, daß wir in den Kämpfen der Gegenwart nicht von unseren persönlichen materiellen Interessen geleitet und bestimmt, sondern vielmehr von geistigen Momenten, von Erkenntnis und einem höheren, aus unserem Gewissen fließenden Pflichtbewußtsein vorwärts getrieben werden. „Unsere sittlichen Überzeugungen“, sagt er, „schmieben uns mit ehernen Ketten an ein bestimmtes soziales oder politisches Programm, an eine Partei oder Bewegung, lassen uns dafür Opfer über Opfer bringen, ja selbst das Leben einsehn.“

Hans Müller legt weiter dar, wie die Auswirkung der in jeder (staatlichen, gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen, politischen) Organisation verkörperten Macht, die Übertragung dieser Macht auf einige wenige Personen (Könige, Führer, Vorstand und dergl.) bedinge. Diese Machtübertragung bedeute eine Gefahr, denn hart neben dem Gebrauch der Macht liege ihr Mißbrauch. Die Macht aber soll nur zum Wohl der Gesamtheit der Organisationsmitglieder existieren und nur dem Schutz der Interessen und der Durchsetzung der Grundsätze der Organisation dienen. Die Macht müsse sittlich begründet, auf ein sittliches Ziel gerichtet sein, wenn sie Bestand haben soll. „Was folgt daraus?“ fragt Hans Müller und beantwortet diese Frage so:

„Daß es für jede menschliche Gemeinschaft, sei sie, welche sie wolle, ein großes Weltreich oder eine kleine Genossenschaft, ungeheuer wichtig ist, daß die, denen sie ihre Macht anvertraut, glauben: an eine höhere Macht als die ihrige, an das Sittengesetz. In diesem Glauben liegt schließlich die einzige Garantie dafür, daß die Macht von ihren Inhabern so benutzt und angewandt wird, wie der Zweck und das Interesse der Gemeinschaft erheischen. Er ist der beste Schutz gegen den Mißbrauch der Macht, deren Besitz, wie die alltägliche Erfahrung lehrt, so leicht das Gewissen zerstört, den Zynismus großtut und das Pflichtbewußtsein untergräbt. Was nützen alle Verfassungsbestimmungen, Statutenvorschriften und Strafgesetze, um den Mißbrauch der Macht zu verhindern? Es sind Zwirnsfäden, die der auf seine Macht sich stützende und allein an seine Macht glaubende Mensch spielend leicht zerreißen kann. Was ihn in Schranken hält und veranlaßt ein getreuer Verwalter der ihm anvertrauten gesellschaftlichen Kräfte zu sein, das ist sein Verantwortlichkeitsgefühl, die Überzeugung, daß auch er, so mächtig er auch ist, doch nicht ungestraft das Sittengesetz, das in ihm zu ihm spricht, übertreten darf.“

Wie dieser seiner Anschauung ist ja der Genosse Hans Müller von der, den Glauben an einen persönlichen Gott voraussetzenden und weniger auf das Interesse der Organisation und ihrer Mitglieder wie auf das Seelenheil aller Menschen bedachten christlichen Ethik noch weit entfernt. Immerhin steht seine Anschauung in wohlthuendem Gegensatz zu dem seichten Materialismus der offiziellen Sozialdemokratie. Der kennt kein über den Menschen stehendes Sittengesetz. Ihm ist nur die brutale Macht. Darum auch der Mißbrauch der Macht, der einem in der Sozialdemokratie auf Schritt und Tritt begegnet, darum auch der innere Zerlegungsprozeß in der Sozialdemokratie selbst. Der Materialismus der Sozialdemokratie vermag nur zerstörend, aber nicht aufbauend zu wirken. Er ist der Todfeind aller wahren Kultur. Das bestätigt auch Hans Müller mit folgenden Worten:

„Es ist wohl kein Zufall, daß von alters her in allen Gemeinwesen von höherer Kulturbedeutung die Übertragung von Macht auf einzelne Individuen immer mit religiösen Zeremonien verbunden worden ist; dadurch wollte man dem in die Macht Eingeweihten in ein druckvoller Weise zum Bewußtsein bringen, daß auch er noch einen viel mächtigeren Richter über sich habe. Wer Macht hat muß glauben; sonst korumpiert ihn die Macht und geht mit ihm zu Grunde. Schöpferische Macht, die in der Welt Gutes bewirken und dem Fortschritt echter Kultur dienen soll, kann ohne Glauben, ohne religiöse Überzeugungen weder geschaffen noch erhalten werden. Wo Macht ohne Glauben schaltet und waltet, geht sie in die Irre, sie führt zum Mißbrauch und vermag bestenfalls niederzureißen, was morsch ist, aber nicht aufzubauen, was dem Menschen zum Segen gereicht. Bestand gewinnt sie nicht, sondern ist wie das Reich, das in sich selbst unruhig ist: es muß zerfallen. Da andererseits die Bildung von Mächten und ihr Kampf miteinander Voraussetzung einer aufwärtsschreitenden sozialen Entwicklung ist, so ergibt sich, daß daran auch die Religion als aktiver Faktor stark beteiligt ist und sich nicht daraus eliminieren (absondern) läßt. Ich glaube sogar behaupten zu dürfen, daß letzten Endes alle gute und dem Menschen Heil bringende Macht aus ihrer Religiosität stammt. . . Weit entfernt, der Emanzipation der Arbeiterklasse im Wege zu stehen, werden gerade die religiösen Kräfte, die im Menschen leben, sie bemerklich und durchzuführen helfen. Allgemeines Wahl-, Koalitions-, und Assoziationsrecht und alle großen Errungenschaften der Sozialdemokratie (?? D. Redakt. der Zeitungsblätter) machen die Ausbildung der sittlich-religiösen Kräfte noch nicht entbehrlich. Zu jenen äußeren Machtfaktoren muß der innere treten, durch den sie erst ihre letzte Wirksamkeit erhalten.“

Auch wir haben stets die Ansicht vertreten, daß die religiösen und sittlichen Grundsätze kein Hemmnis, sondern im Gegenteil eine Förderung des Aufstiegs der Arbeiterklasse bedeuten und daß es zum Schaden der letzteren anschlügt, wenn sie im politischen und Wirtschaftsleben „außer Kurs“ gesetzt werden, wie es die Sozialdemokratie erstrebt. Darum vor allem haben die christlichen Arbeiter sich gesondert organisiert auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung und darum auch lehnen sie es ab, sowohl der gewerkschaft-

lichen als auch der politischen Sozialdemokratie Gefolgschaft zu leisten. Die Darlegungen des Genossen Müller rechtfertigen glänzend das Vorgehen der christlichen Arbeiter, sie sind eigentlich eine Apologie des christlichen Gewerkschaftsgedankens. Ob Genosse Müller lange ungestraft solche Anschauungen vertreten darf?

Aus unserer Industrie.

Eine Bielefelder Leinen-Messe?

Ende vergangenen Jahres wurde der Versuch gemacht, bei den Bielefelder Leinen-Fabrikanten das Interesse für eine Leinen-Messe zu wecken. Nach dem Vorbilde der Elberfelder Weihnachts-Engrosmesse sollten auch die Bielefelder Fabrikanten zu einer bestimmten Zeit einen Sonderverkauf veranstalten. Diese Idee hat aber in Bielefeld kaum Freunde gefunden. Zunächst muß gesagt werden, daß die in Bielefeld hergestellten Artikel zu einem Sonderverkauf nicht geeignet sind, denn es gibt hier bei einer geregelten Geschäftsabwicklung weder Ramsch- noch Lagerposten, von kleinen Ausnahmen abgesehen, die aber für die Veranstaltung eines Sonderverkaufes nicht hinreichen. Außerdem würde das Prinzip der Bielefelder Industrie, das Forcieren von Qualitätsware mit den für die Sonderverkäufe maßgebenden Grundfäden kaum vereinbar sein. Die Anregung zur Veranstaltung der Bielefelder Leinen-Messe hat deshalb nur sehr wenig Aussichten, in absehbarer Zeit in irgend einer Form zur Verwirklichung zu gelangen.

Mit Tangos spinnt man Seide.

Eine gute Eigenschaft des mit Recht als anstandslos und unsittlich geschmähten Tangos haben die Seidenfabrikanten von Newyork herausgefunden, deren Jahresversammlung in einem rüchaltlosen Hymnus auf den geschäftlichen Nutzen des südamerikanischen Tanzes gipfelte. Die Seidenfabrikanten, die in ihrer Gesamtheit bei ihrer diesjährigen Generalversammlung das stattliche Kapital von dreihundert Millionen Dollar repräsentierten, haben 1913 das beste Jahr gehabt, das bisher die amerikanische Seidenindustrie aufzuweisen hatte, und sie hoffen, daß es mit Hilfe des Tango 1914 noch besser werden wird. In den letzten 15 Monaten wurden in den Vereinigten Staaten und Kanada 250.000 neue Webstühle eingestellt, und die Einfuhr von Rohseide ist um 15 v. H. gestiegen. Dabei wurde die Leistungsfähigkeit sämtlicher Fabriken auf das Äußerste angespannt, und man konnte gar nicht so viel Seidenstoffe liefern, als verlangt wurden. Und diesen Segen wollen die Seidenfabrikanten nichts anderem so sehr verdanken als dem Tango. Wenigstens erklärte der Präsident des Verbandes, Ramsay Peugnet, jede Dame in den Vereinigten Staaten huldige heutzutage diesem exotischen südamerikanischen Tanz, gehe bereits nachmittags zum Tango-See und abends nach dem Theater zum Tango-Ball, und dazu brauchen sie natürlich eine Unmenge Toiletten, wie sie früher nicht üblich gewesen seien. Auch eine Frau mit bescheidenen Mitteln (P. D. N. d. L.-J.) sei mit einem Gesellschaftsleid im Jahr nicht mehr zufrieden, sie müsse deren mehrere haben, und dazu kämen dann noch mehrere Tanztoiletten, die alle aus Seide sein müßten. Die Seidenhändler haben also alle Ursache, dem Tango dankbar zu sein, und deshalb schloß der Präsident seine mit großem Beifall aufgenommene Rede mit einer freundlichen Huldigung an jene tollkühnen Modejäger, „die im Bande der Utiken, Toltiken und Intas aus alten Büchern, alten Bildern, alten Schriften und alten Töpfen jene exotischen Ornamente finden, die die Tangorajerei so schön unterfügen“.

Konventionsdiktatur.

Daß die geschäftliche Intoleranz sich nicht nur auf die Fabrikantenkonventionen der Textilindustrie bezieht, sondern daß sie auch auf Seiten des Großhandels besteht, das möge der folgende Fall zeigen:

Vor kurzem haben 32 Großfirmen der Seidenwarenbranche durch einen Berliner Rechtsanwalt ihr Aufnahmegeruch bei der „Vereinigung der deutschen Samt- und Seidenwarengroßhändler“ in Berlin, der festgesetztesten Großhändlerkonvention, einreichen lassen. Daraufhin wurde den Beteiligten der Bescheid gegeben, daß jede einzelne Firma um ihre Aufnahme nachsuchen müsse. Nachdem dies geschehen war, wurde in einer Ausschussung der Samt- und Seidenwarengroßhändler beschlossen, eine einzige Firma in die Konvention aufzunehmen, den anderen den Beitritt zur Konvention nachsuchenden Firmen aber eine ablehnende Antwort zugehen zu lassen. Nachdem einige Großfirmen die Mitteilung von der Vereinigung erhalten hatten, daß ihre Aufnahme nicht erfolgen könne, ersuchten sie den Vorstand der Vereinigung, ihnen die Gründe mitzuteilen, die ihrer Aufnahme im Wege ständen, um diese Voraussetzungen eventuell zu beseitigen und schließlich doch noch die Aufnahme in die Vereinigung der Samt- und Seidenwarengroßhändler zu erlangen. Denn die Zugehörigkeit zur Großfirmenvereinigung schließt eine Reihe von Vorteilen in sich, deren wesentlichste der Genuß des Kartellvertrages der Großfirmenkonvention mit den Verbänden der Fabrikanten ist. Dadurch, daß nämlich u. a. die Seidenband- und Samthandfabrikanten in der letzten Zeit festgesetzte Preis-Kartellverhältnisse zur Seidenwarengroßhändlerkonvention stehen, ist den Außenleitergroßfirmen das Leben sehr sauer gemacht worden.

Den zurückgewiesenen Firmen hat nun der Vorstand der Konvention auf ihre Anfrage erwidert, daß er mit der Bekanntgabe des ablehnenden Bescheides seine Pflicht

gegenüber den Fragestellern getan habe, so daß die einen Aufschluß über die Gründe der Ablehnung erhalten konnten.

Wir sind der Ansicht, schreibt dazu das „Berliner Tageblatt“, daß ein Außenleiter, der in eine Konvention aufgenommen zu werden wünscht, zum mindesten eingelärt werden muß über die Gründe, die seiner Aufnahme entgegenstehen. Ein anderes Verhalten in Konvention muß als illoyal bezeichnet werden, besonders wenn den Außenleitern schwere geschäftliche Schädigungen durch die Verweigerung des Beitritts erwachsen, wie hier der Fall ist.

Errichtung eines Textilstudien- und Untersuchungsamtes im Rheinland.

Der Verein der Deutschen Textilveredelungsindustrie ist um die Errichtung eines Instituts zur Förderung der Textiltechnik seit Jahren bemüht. Zur Begründung des Amtes sagt der Verein folgendes: „Die deutsche Textilindustrie zählt zu den wenigen Großindustrien, die eines entsprechenden, ihre technischen und kommerziellen Fortschritte fördernden Instituts noch immer entbehren. Dabei ist sie diejenige Großindustrie, die, abgesehen von ihrer wirtschaftlichen Bedeutung, in allen Dingen auch stets der Pionier der deutschen Ausfuhr gewesen ist und in dieser Hinsicht sehr bedeutende nationalwirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen hat. Wohl bestehen seit Jahrzehnten im Reichsgebiet eine Reihe technischer Fachschulen, die sich speziell mit der Förderung textiltexnischer Fortschritte befassen. Indessen alle diese Institute sind ihrer ganzen Anlage und ihrer Aufgaben nach nicht berufen, in der wissenschaftlich-geändlichen Weise den technischen Fortschritt zu pflegen wie es beispielsweise das Institut für das Wärgungsgewerbe, das Forschungsbüro der Sprengstoffindustrie und das von der Deutschen Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gegründete neue Kohleninstitut und ähnliche verfolgen können.“

Das Bedürfnis nach einem solchen Institut wird von den weitesten Kreisen der Textilindustrie seit Jahren anerkannt, und auch in den Kreisen der Regierung sowie des Materialprüfungsamtes Berlin-Großlichterfelde-West, speziell von Geheimrat Prof. Dr. Martens, der sich gerade in den letzten Jahren für die Ausbildung der Textilabteilung des Amtes lebhaft interessiert hat. Die Aufgaben dieses Instituts sollen nicht in erster Linie in einer Qualitätskontrolle bestehen, wie verschiedene Kreise unserer Textilindustrie befürchten, wenn auch selbstredend die Hebung der Qualitäten eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Textilindustrie bleibt. Aufgabe dieses Instituts wird es in erster Linie sein, durch Prüfung der technischen Verfahren und Gewinnung neuer wissenschaftlicher Ergebnisse für die Spinnerei wie für die Weberei und die Ausrüstung auch der Massenfabrikation eine immer verbesserte wirtschaftliche Grundlage zu geben.

Bei den steigenden Arbeitskosten, denen die deutsche Industrie wohl naturgemäß unterworfen bleibt, erscheint es im höchsten Grade notwendig, die technische Arbeitsleistung auf einen Höchststand zu bringen, um nach amerikanischem Muster auf diese Weise die vermehrten Kosten der Arbeitskraft auszugleichen. In erster Linie aber kommt in Betracht und wird durch die Erfahrungen einer ganzen Anzahl von Fabrikanten wie auch von speziellen textiltexnischen Fachleuten bestätigt, daß die Entwicklung zahlreicher Zweige der Textiltechnik, sowohl was die Ausnutzung der Rohstoffe als auch die Durchführung der verschiedenen Herstellungs- und Veredelungsverfahren anlangt, noch bei weitem nicht auf dem Gipfel der Vollkommenheit angelangt ist, sondern im Gegenteil eine ununterbrochene wissenschaftliche und fachtechnische Förderung sehr wohl vertragen kann. Endlich ist ein solches Institut berufen, bei der mit den wachsenden Konkurrenzverhältnissen steigenden Neigung zu Streitigkeiten zwischen den verschiedenen Fabrikanten- und Abnehmerkreisen objektive Gutachten abzugeben und auf diese Weise die sehr schweren Schädigungen, die aus Gutachterprozessen notwendigerweise entstehen müssen, zu vermeiden.

Einzelne Zweige der Textilindustrie haben bereits einen erheblichen Betrag als jährlichen Zuschuß für die ersten Jahre zur Verfügung gestellt. Da indes diese Mittel für ein groß angelegtes Institut bei weitem nicht ausreichen, hat sich der Verein der Deutschen Textilveredelungsindustrie in neuester Zeit mit einer Eingabe an die Deutsche Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wegen Stiftung eines namhaften Beitrages gewandt. Es ist auch anzunehmen, daß die Deutsche Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft diesem Wunsche nachkommen wird, da sie hierzu als Gesellschaft zur Förderung deutscher Technik und Wirtschaft auf wissenschaftlicher Grundlage berufen ist und somit kaum der volkswirtschaftlich so bedeutsamen deutschen Textilindustrie eine Unterstützung wird vorenthalten können, die sie anderen Industrien bereits zuteil werden ließ. Es besteht zunächst die Absicht, eine Filiale des Königlich-Preussischen Material-Prüfungsamtes Dr.-Sichterfelde im Rheinland zu errichten, um einerseits einem solchen Institut einen autoritativen Charakter zu verleihen, und weil andererseits gerade das Rheinland das stärkste Kontingent der deutschen, speziell der preussischen Textilindustrie überhaupt darstellt. Nur wenn das Amt im Herzen der Industrie selbst einen Sitz hat, kann der notwendige fortlaufende Kontakt des Amtes mit der Industrie erreicht werden.“

Die Kampflos wird dir ganz das Schöne im Leben geglückt sein — Selbst Diamantenglanz will seiner Hülle entrückt sein, und windest du einen Kranz; jede Blume dazu will gepflückt sein.

Wobensfeldt.

Aus dem Verbandsgebiete. Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten. Cupen.

Der Streit im Kabel- und Gummiwerk. Eine besuchte Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit im jezt in der vierten Woche dauernden Streit im Kabel- und Gummiwerk. Bericht wurde, daß die Situation unverändert sei. Etwa 40 bis 50 Arbeitswillige, zum größten Teil von auswärtig, stehen der Firma zu Diensten, jedoch sollen ihre Arbeitsleistungen alles zu wünschen übrig lassen. Da nur für ein Drittel der Streitenden Ersatz vorhanden ist, stehen einzelne Abteilungen völlig still. Die streikenden Arbeiter stehen mit und geschlossen da. Ihre Zahl vermindert sich von Tag zu Tag, da bereits eine größere Anzahl lohnende Beschäftigung nach auswärtig gefunden hat. Sollte die Firma noch länger auf ihrem starren Standpunkte verharren, so wird ein großer Teil der besten Arbeiter für die überhaupt verloren sein.

Aus unseren Bezirken.

Eine Konferenz für den Gau Oberrhein (Baden). Für die Ortsgruppen des Gau Oberrhein fand am Sonntag, den 5. April, eine Gaokonferenz statt, die nach jeder Seite hin alle Teilnehmer vollaus befriedigte. Insgesamt waren 56 Delegierte, Kollegen und Kolleginnen, nach Säckingen geeilt, um im dortigen Vereinshaus über die wichtigsten Angelegenheiten unseres Gau zu verhandeln.

Unser Bezirksleiter, Kollege Rümmele-Börsch, eröffnete die Konferenz mit einer herzlichsten Begrüßung. Aus Büro wurden die Kollegen Anmann-Murg, Uecker-Säckingen, Fricker-Wehr und Schwab-Säckingen gewählt. Hierauf hielt Kollege Riefer-Säckingen einen andert-halbständigen Vortrag über: "Die Verhältnisse unseres Gau und welche Lehren ergeben sich daraus für die zukünftige gewerkschaftliche Arbeit."

Ausgehend von den allgemeinen Verhältnissen unseres Gau, über Zahl der Arbeiter, die verschiedenen Nationalitäten und die verschiedenen Berufszweige, die im Gau vorhanden sind, behandelte der Redner besonders eingehend die Lohn- und sonstigen Verhältnisse der Textilarbeiter im Gau. An der Hand von Beispielen entwarf der Redner ein trauriges Bild über die Lohnhöhe der verschiedenen Betriebe und die Lebenshaltung der Arbeiterschaft. Eingehend wurde auch die Stellung der Arbeiterschaft im öffentlichen Leben erörtert und Mittel und Wege angegeben, wie diese eine einflußreichere werden kann. Bezüglich der Organisationsfrage muß noch manches geschehen, um die großen Massen unorganisiertester Arbeiter für den Verband zu gewinnen. Erstreckt sei, daß wir im Gau im Jahre 1913 um rund 201 Mitglieder zugenommen haben, doch darf dem Vormarsch kein Stillstand folgen. Solange unser Gau nicht mindestens 5000 christlich organisierte Textilarbeiter zählt, befriedigt das Organisationsverhältnis keinesfalls. Ueber das innere Leben der Ortsgruppen verbreitete sich der Referent ebenfalls in eingehender Weise. Manche praktische Anregung wurde gegeben, und wo sich bisher Mängel gezeigt haben, wurden Mittel und Wege gezeigt, wie diese beseitigt werden könnten. Mit einer begeisterten Zustimmung zur neuen Arbeit für unsern Verband schloß Kollege Riefer seine Ausführungen. Reiches Beifall lohnte den Redner. Die Diskussion stand vollaus auf der Höhe. Kein Mißton war in der Debatte wahrzunehmen, und was das erfreulichste war, die Diskussionsredner gaben manche praktische Ratschläge, die sich bei der späteren Agitationsarbeit gut verwenden lassen.

Nach dem Mittagessen wurden die Verhandlungen sofort wieder aufgenommen. Eine Verbandskollegin hielt sodann einen nach Form und Inhalt sehr gut wirkenden Vortrag über das Thema: "Wie gewinnen wir die Arbeiterin für den Gewerkschaftsgedanken." Eine lautlose Stille herrschte im ganzen Saal, als die Kollegin in äußerst einfacher, aber gerade dadurch gut wirkender Form anführte, welche Stellung die Frau in vorchristlicher Zeit einnahm. Wie entrechtet sie war und nur als Sklavin behandelt wurde. Uebergehend zu den verschiedenen Berufsarten der Frau, verstand es die Rednerin, besonders die Bedeutung der Frau als Gattin und Mutter zu schildern. Leider zweife heute das Schillerwort nicht mehr immer zu: "Ehret die Frauen, sie flechten und weben himmlische Rosen ins irdische Leben", denn die Frau, und besonders die Arbeiterfrau, könne den ihr vom Schöpfer bestimmten Beruf nicht so ausführen, wie das sein sollte, sie muß weg von den Kindern zur Fabrik, dort muß sie helfen Geld verdienen, und zu Hause verderben oft die Kinder an Leib und Seele. Als die Kollegin sich in eingehender Weise über die Folgen der Frauarbeit der Frau aussprach, dabei besonders hervorhob, daß manche Mutter sich morgens nur sehr schweren Herzens trenne von ihren lieben Kleinen, sie lieber an ihre treusorgende Brust drücken wolle, als sie einer Aufsichtsperson in Obhut zu geben, die nur gegen Lohn den Hüter spielt und oft sonst für die armen Kleinen nichts übrig hat, als acht zu geben, daß ihnen nichts passiert, da waren die Delegierten tief ergriffen. Nicht nur die Zustände beklagte die Rednerin, nein, sie gab insbesondere auch Mittel und Wege an, wie diesen entgegen gewirkt werden muß. Als die Kollegin geendet hatte, löste sich ein wahrer Beifallssturm aus, der bewies, daß die Rednerin allen aus dem

Herzen gesprochen hatte. Auch über diesen Punkt diskutierten die Anwesenden lebhaft. Kollege Rümmele sprach hiernach noch über: "Die Aufgaben der Ortsberichterstattung." Zu Punkt 7, Errichtung einer Gaulommission, sprach ebenfalls der Kollege Rümmele. Die vorgelegten Satzungen wurden einstimmig angenommen und damit Kollege Riefer als Vorsitzender der Kommission bestimmt. Unter Punkt Verschiedenes, nahm die Konferenz noch einen Antrag an, am Sonntag, den 28. Juni, in Wehr einen großen Gaugang abzuhalten, wo dann in ganz eingehender Weise einmal die Verhältnisse der Textilarbeiter in punkto Lohnwesen erörtert werden sollen. Nachdem dann noch einige andere Angelegenheiten besprochen waren, fangen die Konferenzteilnehmer noch das Lied, Deutschland, Deutschland über alles, worauf Kollege Rümmele nach einem kräftigen Schlußwort die Konferenz schloß. Es war eine schöne Tagung, wenn auch etwas anstrengend. Von morgens 10 Uhr bis nachmittags 1/5 Uhr mußten alle aushalten. Nachher wurden unsere Delegierten für die Mühen entschädigt durch einen Spaziergang an den schönen Bergsee. Ein schönes Plätschen dieser See, inmitten von Tannenwaldungen und Felsen. Wie manches Herz mag an diesem Orte schon wieder neu aufgelebt haben, eingedenk der Dichterworte:

Einsamkeit ist Seelennahrung, In der Stille kommt dem Geiste Echte Geistesoffenbarung.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Augsburg. Unsere Textilindustrie im Jahre 1913. In der "München-Augsburger Abendzeitung" lesen wir folgendes.

Aus den nunmehr vorliegenden Geschäftsberichten der mit dem Kalenderjahr abschließenden Textilaktiengesellschaften, deren Aktien an der Augsburger Börse gehandelt und notiert werden, ist zu ersehen, daß das verfloßene Jahr als ein im ganzen nicht ungünstiges genannt werden kann, trotz der überaus schwierigen Verhältnisse, die die ganze Zeit über geherrscht haben, wodurch eine gedeihliche, ruhige Weiterentwicklung auch der Textilindustrie sich überaus schwierig gestaltete, ja zumeist zur Unmöglichkeit wurde. Die Mehrzahl der Gesellschaften ist in der Lage, den Aktionären gegen das Vorjahr unveränderte Dividenden zuzumachen zu lassen und nur bei wenigen haben teilweise besondere Umstände zu einer Verkürzung der Erträge geführt; erträgnislos bleibt von den in Augsburg gehandelten Werten lediglich die Schürer-Nähfabrik, gleich wie im Vorjahre. Allerdings zeigen die erzielten Reingewinne bei den meisten Gesellschaften eine Verminderung gegenüber dem Vorjahre, doch konnte durch Sparsamkeit der vorrichtigerweise infolge der ungünstigen politischen Verhältnisse aus den Erträgen des Jahres 1912 herabgezogenen, teilweise sehr beträchtlichen Gewinnvorträge ein Ausgleich geschaffen werden.

Wie sich der Nettogewinn, sowie die Gewinnvorträge in den beiden letzten Jahren gestalteten und welche Dividenden zur Verteilung gelangten, zeigt folgende Tabelle:

Table with columns for company names (e.g., Mech. Woll-, Spinn- u. Web. Augsburg), years (1912, 1913), and financial figures (Nettogewinn, Dividenden). Includes a sub-table for 'Gewinnvortrag' and 'Nettogewinn'.

Durch die politische Unsicherheit, der damit zusammenhängenden Kriegsfurcht und der das ganze verfloßene Jahr über anhaltenden Geldverknappung ist ein Rückschlag der gesamten Konjunktur eingetreten, welcher naturgemäß auch auf die allgemeinen Verhältnisse der Textilindustrie störend einwirkte, was insbesondere in dem unglücklichen Verlauf des zweiten Halbjahres 1913 deutlich zum Ausdruck kommt, als die allgemeine Zurückhaltung, verbunden mit einer Schwächung der Kaufkraft weiter Bevölkerungskreise, sich verschärfend bemerkbar machte. Eine weitere Schmälerung des Nutzens ergab sich durch den nötigen Mehraufwand für die Rohmaterialien, besonders der Kohle, welche ihre steigende Preisrichtung behielten, wie auch die Ausgaben für Löhne und Steuern zumeist eine weitere Erhöhung erlitten. Von nachteiligstem Einfluß - sei es direkt oder indirekt - war selbstverständlich die Unterbrechung des Exports nach den Balkanländern, diesem großen, lohnenden Absatzgebiet unserer Textilindustrie. Auf die dort ausstehenden Lieferungsverpflichtungen sind von den Gesellschaften größere Rückstellungen bezw. Abschreibungen erfolgt, doch sollen, wie verlautet, die dortigen Abnehmer ihren Verpflichtungen nunmehr nachkommen, wodurch diese

Rückstellungen wieder frei werden. Von Katastrophen, Streiks und Arbeiterunruhen ist die Industrie im verfloßenen Jahre verschont geblieben. Einer Reorganisation unterzog sich die Nähfabrik vorm. J. Schürer, welche durch die Preiskämpfe der beiden großen Konkurrenten in eine schwierige Lage geraten war. Durch Zusammenlegung der Aktien im Verhältnis von 2:1 (von 1 Million auf nom. 500 000 Mark), sowie Neuauflage von 500 000 M. 6 Proz. Vorzugsaktien ist das Unternehmen auf eine bessere finanzielle Basis gestellt worden, und es ist zu hoffen, daß nach Durchführung der umfassenden technischen wie kaufmännischen Reorganisation bei Wiederkehr normaler Zustände in der Nähfabrikbranche sich die großen Löhner der Aktionäre nicht als vergeblich erweisen werden. Eine Erhöhung des Aktienkapitals nahm lediglich die Stadtbach-Spinnerei durch Auszahlung der 1000 fl.-Aktien auf nom. 2000 M. und Ausgabe von weiteren nom. 200 000 M. neuer Aktien vor, welche zum Erwerb der Stadtbach-Spinnerei dienen. Neue Aktiengesellschaften der Textilbranche sind im Laufe des Jahres 1913 nicht entstanden, ebenso sind die vorgenommenen Vergrößerungen der Produktionsmittel nur geringfügig, hauptsächlich erfolgten solche im Zusammenhang mit der Modernisierung veralteter Anlagen.

Der Börsenverkehr während des vergangenen Jahres war ein wenig zufriedenerstellender, die Kursbewegung der an der Augsburger Börse gehandelten Werte der Textilindustrie einheitlich ungünstig, und es sind, wie aus der folgenden Zusammenstellung ersichtlich, zum Teil ganz beträchtliche Kursrückgänge zu verzeichnen gewesen. Die rückgängige Tendenz hielt seit Juni 1913 ununterbrochen an, so daß die Kurse zu Ende des Jahres 1913 sich auf ungefähr dem niedrigsten Niveau befanden. Seit Anfang des neuen Jahres ist jedoch ein völliger Umschwung eingetreten, da die Befürchtungen von bedeutenden Dividendenrückstellungen, welche angesichts der überaus ungünstigen Schilderungen aus den beteiligten Industriezweigen mancherorts gehegt wurden, sich, wie bereits erwähnt, als übertrieben herausstellten. Gestützt auf die meist zufriedenerstellenden Ergebnisse und in der auf den nun günstigen Geldverhältnissen basierenden Erwartung, daß durch letztere auch für den Markt der Textilzeugnisse eine Besserung zu erhoffen ist, hat sich eine starke Belebung des Aktienmarktes eingestellt, und es konnten für alle Werte namhafte Kursbesserungen erzielt werden. Die Kursbewegungen der hauptsächlichsten Werte sind aus der nachstehenden Aufstellung erkennbar:

Table showing stock prices for various textile companies (e.g., Mech. Woll-, Spinn- u. Web. Augsburg, Augsburg, Bamberg, Garmisch) for the years 1911, 1912, and 1913.

*) Es ist hierbei zu berücksichtigen, daß in den letzten Wochen bei vorstehenden Gesellschaften - Wuntweberel und Kattunfabrik - ausgenommen - die Dividenden für 1913 zur Auszahlung gelangten, wodurch die Kurse eine Ermäßigung in Höhe der bezahlten Dividenden erlitten.

Der für den hiesigen Platz wichtigste Zweig der Textilindustrie, die Baumwollindustrie, hatte vom Vorjahr einen großen Auftragsbestand übernehmen können, der sowohl den Spinnereten wie Webereten zu günstigen Preisen volle Beschäftigung bis in den Sommer 1913 gab; diesem Umstände sind allein die erzielten, verhältnismäßig günstigen Resultate zu verdanken, da sich nach Aufarbeitung dieser Aufträge eine bedeutend verschlechterte Situation für die Baumwollindustrie ergab. Konnte auch die Spinnerete trotz des nachteiligen Einflusses, den die umfangreiche Einfuhr österreichischer Garne zu sehr billigen Preisen ausübte, noch mit einem bescheidenen Nutzen arbeiten, da es ihr gelang, infolge der sprunghaften Aufwärtsbewegung der Baumwollpreise Ende August größere Aufträge, wenn auch zu wenig lohnenden Preisen hereinzunehmen, so war es der Weberete im Herbst nicht möglich, die Produktion an Lächern ohne Verlust unterzubringen, da die Gewebeerete wegen mangelnder Nachfragen dem starken Aufschlag der Garnpreise, verursacht durch die Baumwollkaufpreise, nicht zu folgen vermochten. Diese misslichen Verhältnisse veranlaßten nach schwerigen Verhandlungen die süddeutschen und elbsässischen Webereten mit ca. 86 000 Webstühlen zu einer einheitlichen Betriebs Einschränkung, welche mit ca. 17 1/2 Prozent während des ersten Quartals 1914 zur Durchführung gelangte. Durch den dadurch sich ergebenden Produktionsausfall wird ein Ausgleich zwischen Produktion und Konsum geschaffen, wodurch voraussichtlich eine Verbesserung der Geschäfts- und Preisverhältnisse herbeigeführt werden dürfte, insbesondere wenn der stoffparende Charakter unserer Frauenmode eine Umwandlung erfahren sollte, denn hierdurch ist nun seit Jahren ein außerordentlich großer Ausfall im Verbrauch von Gewebstoffen entstanden. Ein weiterer ungünstiger Faktor für die Ergebnisse des abgelaufenen Jahres war für die Baumwollindustrie der Zwang, auf die vorhandenen Vorräte an Garnen und Lächern am Jahresende Abschreibungen vorzunehmen, da die Baumwollpreise inzwischen eine rückläufige Bewegung erfahren hatten; diese Abschreibungen werden allerdings dem neuen Jahre zugute kommen. In überaus nachteiliger Weise machte sich für die Baumwollindustrie das Fehlen einer starken Verbandsorganisation fühlbar, und es ist zu wünschen, daß die ungünstige Geschäftslage allen Beteiligten die Notwendigkeit einer solchen vor Augen führt, wenn auch die Schwierigkeiten einer Syndikatsbildung bei den eigenartigen Geschäftsformen und der verschiedenartigen Produktionsverhältnisse der Baumwollindustrie außerordentlich groß sein werden. Der Grund zu solchen Verbandsbildungen ist ja durch die Spinnerete wie Webereteverbände bereits gelegt. Wenn auch die gegenwärtige Geschäftslage zweifellos keine günstige genannt werden kann, so zeigt doch ein Rückblick auf frühere Jahre, daß in der Baumwollindustrie der Umschwung oft sehr rasch eingetreten ist. Als Momente für eine Besserung kommen in Betracht die günstige Ernte und die eintretende Geldverbilligung. Es darf auch angenommen werden, daß die Einfuhr österreichischer Garne nach Abwicklung der früher betätigten Kontrakte wieder auf ein normales Maß zurückgehen wird und die Balkanländer wieder als große Konjumenten auftreten. Die Preislage ist normal und der Konsum dürfte wohl kaum im West größerer Vorräte sein, ebenso steht die Produktion von Baumwollwaren in einem gesunden Verhältnis zu dem wachsenden Bedarf infolge der zunehmenden

Bevölkerungszahl, da wegen der ungünstigen Geschäftslage in den letzten Jahren die Betriebsvergrößerungen keine großen Dimensionen angenommen haben.

Von den anderen Zweigen der Textilindustrie sieht die Kammgarnspinnerei auf einen sehr ungünstigen Verlauf des verflochtenen Jahres zurück, doch hat das Geschäft seit Ende Januar 1941 eine Belebung erfahren und der Auftragsbestand sich beträchtlich erhöhen können. Die Prinz-Färberei und Appreturanstalt, ebenso die Augsburg-Buntwebererei und Augsburg-Rattunfabrik weisen zwar eine Verringerung der Erträge auf, doch gelangten unveränderte Dividenden zur Verteilung. Für die Ausfuhr von Produkten der Rattunfabrik und von Buntwaren dürfte ein lebhafter Aufschwung nach den Balkanländern wohl in Aussicht zu nehmen sein. Die Vereinigten Kattunfabriken Gienzen nehmen infolge Minderung des Ertrages eine Dividendenreduktion von 7 auf 5 Prozent vor; die Aussichten für das neue Jahr finden bei ihnen keine günstige Beurteilung. In der Nähfadensbranche hielten die seit Jahren bestehenden ungünstigen Verhältnisse auch im abgelaufenen Jahr unverändert an, da trotz wesentlicher erhöhter Produktionskosten sich die Verkaufspreise weiter senkten infolge Verschärfung des Konkurrenzkampfes. Die Zwirnerei und Nähfadensfabrik Göggingen schritt zu einer Verminderung der Dividende von 24 auf 20 Prozent, während bei der Nähfadensfabrik vom Schürer sowohl Stamm- wie die Vorzugsaktien dividendenlos blieben. Die in Liquidation befindliche Zwirnerei und Nähfadensfabrik Augsburg konnte den Verkauf ihrer Anlagen noch nicht bewerkstelligen, die Aktionäre dürfen wohl kaum auf eine Ausschüttung hoffen. Welche Vorteile eine straffe Verbandsorganisation der Industrie bietet, zeigt sich bei den Hanspinnereien und Bindfadensfabriken infolge der von dem Verband im Herbst 1941 durchgeführten umsichtigen Regulierung der Produktion, verbunden mit Festsetzung von Verkaufspreisen. Die diesem Verbands angehörige Mechanische Seilwarenfabrik Hüffen weist für das verflochtene Jahr trotz Preissteigerung der Rohmaterialien sowie erhöhter Aufwendungen für Löhne und Steuern eine ganz bedeutende Steigerung des Reingewinnes (von 476.921 auf 644.905 M.) aus, ebenso werden die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr als günstig bezeichnet.

Das Bild der Augsburger Textilindustrie ist zwar kein ungetrübt, doch liegt kein Grund zum Pessimismus vor, da infolge der überaus vorzüglichen Geschäftsabwicklung die Fundierung der Gesellschaften solid und gesund ist und auch den meisten Unternehmen reichliche Reserven zu Verfügung stehen. Die Resultate für das erste Halbjahr 1941 dürften allerdings, insbesondere bei den Spinnereien und Webereien, keine befriedigenden sein.

Blaisbach (Bayern). Zur Betriebskrankenkassenwahl. Unter diesem Titel erschien am 8. April im Augsburger Sozialorgan eine Notiz, in welcher sich eine überspannte „Sozialgröße“ wie folgt äußerte:

Am kommenden Samstag findet in der Spinnerei und Weberei die Krankenkassenwahl statt. Es wurden hierzu drei Vorschlagslisten eingereicht: eine sogenannte Betriebsliste, auf der zum großen Teil nur Arbeiter aufgestellt sind, dann eine Liste, eingereicht vom Deutschen Textilarbeiterverband und dann zum Schluss noch eine Liste, die nun einmal nicht fehlen darf, eine „christliche“. Je näher aber der Tag der Wahl herankommt, desto ängstlicher und konfus werden die Christen, weil sie doch selbst voraussehen, daß ihre Liste nicht allzu viel Stimmen auf sich vereinnigt. Da in Blaisbach in der Mehrzahl weibliche Arbeiter vorhanden sind, und die Christen auf diese noch ihre ganze Hoffnung setzen, geht eine christliche Arbeiterin von Haus zu Haus und wirtelt die Leute an, ja doch für die „christliche“ Liste zu stimmen. Die Blaisbacher Arbeiterschaft, die zum größten Teil freigezogen ist, wird wissen, welcher Liste sie ihre Stimme gibt, nämlich der Liste des Deutschen Textilarbeiterverbandes, weil diese die Garantie bietet, daß die darauf verzeichneten Kollegen auch allen Ernstes für die Interessen der Arbeiterschaft eintreten. Also wählt Liste 2, trotz dem Geminsel der Christen!

Aus dieser Notiz kann man allerlei und noch verschiedenes entnehmen. Gegen die Betriebsliste, „auf der zum großen Teil nur Arbeiter aufgestellt sind“, hat der rote Scribist gar nichts zu sagen. Das ist bezeichnend, und wir werden noch mehr wie einmal Gelegenheit finden, da wir die roten „Selben“ an diese eigenmächtige Stellungnahme erinnern können. Doch, wenn diese Liste nicht angeknüpft zu werden braucht und wie oben ersichtlich, stillschweigend akzeptiert wird, warum haben dann die Herren Sozialisten auf ihre eigene Liste zugunsten der Betriebsliste nicht verzichtet?? Dafür wendet sich dann der Phrasenheld gegen diejenige Arbeiterschaft, die nach menschlichem Begriffe mindestens das gleiche Recht für sich in Anspruch nehmen darf, eine eigene Liste aufzustellen, als wie die volksverhöhnende und verderblich bringende Sozialdemokratie. Diese christliche Liste, die muß — natürlich — besonders bekämpft werden. Am allermeisten kommt der Sozialheld in Mut, weil die christliche Arbeiterschaft sich erlaubt, für ihre Liste auch zu agitieren und daß eine christliche Arbeiterin von Haus zu Haus gehe und die Leute „anwintele“. Es kommt hier nur darauf an, welche Art von Agitation der Blaisbacher Arbeiterschaft lieber ist, die christliche oder die sozialdemokratische. Und wenn in der Notiz behauptet wird, die Blaisbacher Arbeiterschaft sei zum größten Teil „freigezogen“, so ist hier dem Schreiber ein ganz großer Schmeißer unterlaufen, denn das müßte heißen: der größte Teil der rot organisierten und gegen ihren Willen durch Terrorismus in die sozialdemokratischen Textilarbeiterverband hineingepreßt worden.“ Davon können eine ganze Anzahl von Familien ein Viechchen singen. Daß dann die nichtsozialdemokratische Arbeiterschaft zu solchen Leuten kein Vertrauen haben kann und deshalb bei der Betriebskrankenkassenwahl ihr eigenen Weg gegangen ist, das dürfte auch einem sozialdemokratischen Hirn einleuchten, d. h. wenn es sich noch nicht ganz ins rote Zukunftsmärchen verwandelt hat. Das Resultat der Wahl? Am 4. April erfolgte nun in der Blaisbacher Spinn- und Weberei die Wahl zur Betriebskrankenkasse. Mit dem Resultat wird dem roten Arbeiterverführer eine gehörige Watsch'n verpasst. Die Betriebsliste erhielt 1 Vertreter, die sozialdemokratische 2 und die christliche 10. Also, es ist in Blaisbach noch lange nicht alles sozialdemokratisch, trotz einer echt sozialdemokratischen Gemaltingation.

Hermges-Dahl. Trotz fürmischen Wetters hatte unsere am 15. März abgehaltene Mitgliederversammlung einen recht zahlreichen Besuch zu verzeichnen. Seit es doch erntens, zu wichtigen Beschlüssen erneut Stellung zu nehmen, und zweitens, unsere Mitglieder, welche trotz aller Stürme dem Verbands seit seiner Gründung die Treue bewahrt haben, in entsprechender Weise zu ehren. Der Kollege Esser begrüßte die Erschienenen herzlich und wies auf die Wichtigkeit der Tagesordnung hin. Zunächst machte er bekannt, daß es dem Verbands gelungen sei, eine 10gliedrige Arbeiterinnen-Kommission unter selbständiger Leitung zu gründen, welche

fürderhin die Agitation unter den Arbeiterinnen betreiben wird. Er hat die Anwesenden, der Kommission in jeder Beziehung zur Seite zu stehen. Alsdann hielt der Bezirksleiter, Kollege Wilh. Hermes, seinen Vortrag, aus welchem auszugsweise folgendes wiedergegeben sei. Ausgehend davon, daß die politische Sozialdemokratie sich der verschiedensten Hilfsmittel, wie Gewerkschaften, Genossenschaften, Sportvereine und zuletzt der Volksfürsorge bedient, um ihre Ideen ins Volk zu bringen, ging er auf den Charakter der sog. freien Gewerkschaften über. Er bewies an einigen markanten Beispielen, wie es mit der angeblichen Neutralität der Freien in politischer sowie religiöser Beziehung bestellt ist. Des weiteren kam er auf die Monopolbestrebungen der sozialistischen Gewerkschaften zu sprechen und zeigte, wie dieselben durch Abschließung von Tarifverträgen zu erreichen suchten, den Arbeitsmarkt allein zu beherrschen, welches ihnen auch in den verschiedensten Gewerben schon gelungen sei und hierdurch die christlichen Arbeiter aus Arbeit und Brot stoßen oder gegen ihre innere Ueberzeugung in die sozialistischen Gewerkschaften zwingen. Auch haben die sozialistischen Herrschaften schon des öfteren auf ganz erhebliche Lohnaufbesserungen verzichtet und sind in aussichtslose Streiks eingetreten, bloß aus dem Grunde, weil christliche Gewerkschaftsführer bei Verhandlungen mit den Arbeitgebern zugelassen wurden. Aus all diesem ginge hervor, daß die christlichen Gewerkschaften gegen solche Bestrebungen scharf Front machen und ihre erprobte Selbständigkeit unbedingt hochhalten müßten. Alsdann ging er auf die Beschlüsse des 2. April 1941 ein und betonte, daß dieselben auch in Zukunft unbedingt hochgehalten werden müßten, umso mehr, als die Genossen es durch allerlei Märchen und Märchen glauben zu machen versuchten, als ob in unseren führenden Kreisen über diese Beschlüsse zweierlei Meinungen herrschten. Zum Schluß seiner Ausführungen forderte er alle Anwesenden auf, mit allen Kräften an der Ausbreitung unserer Bewegung mitzuarbeiten. Die Diskussionsredner stellten sich alle auf den Standpunkt des Referenten und begrüßten es, daß die Beschlüsse auch fernerhin gehandhabt würden. Von einem Diskussionsredner wurde folgende Resolution eingebracht: „Die Verammelten sind der Meinung, daß die am 2. April 1941 gefaßten Beschlüsse betr. getrenntem Versammlungswesen auch in Zukunft gehandhabt werden müssen, schon aus dem Grunde, da die Erfahrung gelehrt hat, daß sie für die Arbeiter und die christliche Gewerkschaftsbewegung von Vorteil gewesen sind.“

Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten wurde die Resolution einstimmig angenommen. Alsdann wurden noch verschiedene Mitteilungen gemacht und im Anschluß daran die Mitglieder des Verbandes in entsprechender Weise geehrt. Nach einem gemächlichen Gede hielt der Kollege Hermes eine bescheidende Ansprache an dieselben, der wieder einige Nieder folgten, und zum Schluß erhielt jeder eine Broschüre mit Widmung. Kolleginnen und Kollegen, sehen wir die Gelöbnisse, welche wir an diesem Abend gegeben haben, in der Tat um, zum Schutz und Kreuz unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Hils. Unsere gut besuchte Generalversammlung, zu der auch eine Anzahl Kolleginnen sich eingefunden hatte, fand am 15. März statt. Aus dem Jahres- und dem Klassenbericht, ersterer vom Vorsitzenden, letzterer vom Kassierer erstattet, sei folgendes angeführt. Vorstandssitzungen fanden 16 Mitgliederversammlungen 9 und öffentliche Versammlungen 8 statt. Der Versammlungsbesuch hätte im allgemeinen besser sein können. Der Mitgliederbestand hat sich gegen das Vorjahr um 9 verringert. Hatten die Genossen geglaubt, gelegentlich des Färbereistreiks durch eine wüste Heze unter der Hülf der Arbeiterschaft unserer Ortsgruppe größeren Schaden zufügen zu können, so haben dieselben sich darin gründlich verrechnet. Als erfreulich darf bezeichnet werden, daß die Kolleginnen im Laufe des Jahres aus ihren Reihen heraus eine Arbeiterinnenkommission gebildet haben mit der Aufgabe, die unorganisierten Arbeiterinnen für die Organisation zu interessieren.

Die Einnahme betrug 3893,10 M. Veranschlagt wurden für Krankenunterstützung 384,55 M., für Arbeitslosenunterstützung 155,70 M. und an Sterbegeldern 195 M. Die an der Aussprechung in Krefeld beteiligten Mitglieder erhielten eine Gesamtunterstützung in Höhe von 3600 M.

Die hierauf getätigten Vorstandswahlen zeitigten folgendes Resultat: Als Schriftführer wurde Kollege Heinrich Hausmann wiedergewählt. An Stelle unseres vor kurzem verstorbenen Kassierers, Kollegen Heinrich Gehlen, wurde Kollege Joseph Krüder gewählt. Als Beisitzer gingen die Kolleginnen Wilhelmine van Kessel und Margareta Delschen aus der Wahl hervor. Nach einigen Zithervorträgen des Kollegen Hubertus fand die schon verlaufene Versammlung nach einem gemeinschaftlich gelungenen Gede ihren Abschluß.

Wegberg. Gemeinsame Versammlung. Die hiesige Ortsgruppe hielt am 5. April gemeinsam mit dem konfessionellen Arbeiterverein eine öffentliche Versammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Kamp, leitete dieselbe. Unser Bezirksleiter, Kollege Hermes, referierte über das Thema: „Warum ist eine berufliche Organisation der Arbeiter notwendig?“ Die Beantwortung dieser Frage gab er durch eine Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung. Andererseits wies er auch auf die Gefahren hin, welche den Arbeiter von gegnerischer Seite bedrohen. Mit der Aufforderung, allerwärts für eine Stärkung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung einzutreten, schloß er seine Ausführungen. An der Diskussion beteiligten sich die Pfarrer von Wegberg und Nidderath sowie Herr Aldermann und die Kollegen Maassen. Alle traten dafür ein, daß die christlichen Gewerkschaften gefördert werden müßten. Auch wurde das Abonnement auf die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ empfohlen.

Briefkasten.

Des Osterfeiertags wegen und aus anderen Gründen mußten wir die Redaktion bereits Samstag früh schließen. Mehrere Zuschriften blieben deshalb liegen.

Versammlungskalender.

- Burgwalbnel. 26. April, gleich nach dem Hochamte, im Lokale von Jakob Klüfer, Quartalsversammlung.
- Elsfeld. 18. April, 8 1/2 Uhr, im Lokale Hertentrath, Krefeld.
- Fock (Saus). 21. April, 8 Uhr, im Lokale Graßmann.

- M. Glabbach-Waldhausen. 25. April, 8 1/2 Uhr, bei Joh. v. d. Burg Quartalsversammlung.
- Gardl. 26. April, 6 Uhr, bei Gustav Meyen.
- Sausen. 19. April, 8 Uhr, im Lokale zum Eisenwerk.
- Sehn. 26. April, 1/2 11 Uhr, bei Wilh. Esser (Kaffeestube), Kaufbeuren.
- 25. April, 1/2 8 Uhr, im kath. Vereinshaus „Hofenau“.
- Oberkirchen. 26. April, 10 Uhr, im „Deutschen Eck“.
- Rheinbachten. 26. April, 10 Uhr, bei Döder (oben).
- Rheydt. 8. Mai, 6 Uhr, in der Bürgergesellschaft (Bahnhofshotel), Generalversammlung.
- Rotenfol. 19. April, 2 Uhr, im Lokale „zur Sonne“.
- Wanlo. 26. April, 11 Uhr, bei Anton Rodden.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:
Ernst Schmidt in Barmen.
Hermann Meckelholz in Bocholt.
Franz Steinebrunner in Atzenbach.
Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Handbuch der gesamten Textilindustrie. Verlag: Dr. Max Jäncke, Leipzig, Hospitalstr. 18.
Inhaltsverzeichnis: 1. Band: Die Materialien der Textilindustrie. Von Professor F. Fiedler, Abteilungsvorsteher an der Preuß. Höheren Fachschule für Textilindustrie in Barmen. Einzelpreis geb. M. 3,80.
2. Band: Die Weberei. Von Professor Ernst Gräbner, Direktor der Höh. Webeschule u. Webereifachschule zu Chemnitz. Mit 704 Abb. Einzelpreis geb. M. 7,50.
3. Band: Die Bandweberei, Bandwirkerei. Von Otto Both, Fachlehrer an der Preussischen Höheren Fachschule für Textilindustrie zu Barmen. Erster Teil: Die Bindungen, Patronen und Musterung. Zweite Auflage. Mit 314 Abbildungen und 10 Mustertafeln. Einzelpreis geb. M. 4,80. Zweiter Teil: Der Bandstuhl und die sonstigen Maschinen für die Bandweberei. — Fachliches Rechnen. — Die Garne. — Die Kalkulation. Mit 104 Abbildungen. Einzelpreis geb. M. 5,40.
4. Band: Wirkerei und Strickerei. Von Josef Worm, Direktor der Wirkschule zu Chemnitz. Mit 205 Abbildungen. Einzelpreis geb. M. 5,20.
5. Band: Färberei und Mercerisation. Von Dr. W. Jänker, Barmen. Mit 77 Abbildungen. Einzelpreis geb. M. 5,20.
6. Band: Die Ausrüstung der Stoffe aus Pflanzenfasern. Von Professor Friedrich Brenner, Direktor an der Höheren Fachschule für Textilindustrie in M. Glabbach. Mit 67 Abbildungen. Einzelpreis geb. M. 3,50.
7. Band: Die Appretur der Woll- und Halbwollwaren. Von E. Rumbold, Vorstand der Spinnerei- und Appretur-Abteilung der Preussischen Höheren Fachschule für Textilindustrie in Aachen, früherer Fabrikdirektor. Mit 50 Abbildungen. Einzelpreis geb. M. 2,80.
8. Band: Die Appretur der Seiden-, Halbseiden- und Samtgewebe. Von Walther Kneipfner, Krefeld. Mit 24 Abbildungen. Einzelpreis geb. M. 1,80.
9. Band: Die Appretur der Fäden und Lizen. Von Professor F. Fiedler, Abteilungsvorsteher an der Preuss. Höh. Fachschule für Textilindustrie in Barmen. Mit 58 Abbildungen. Einzelpreis geb. M. 1,80.
Alle 9 Bände mit 1586 Abbildungen, 1714 Seiten in 3 Ganzleinenbänden geschmackvoll gebunden, kosten 36 M., in monatlichen Ratenzahlungen à 3 M. Durch die Textilarbeiter-Zeitung zu beziehen.

Die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden nach der RVO. Von Dr. F. Hoffmann. Preis kart. 2 M. Verlag Carl Heymanns, Berlin.
Es handelt sich um neue gesetzliche Bestimmungen von großer sozialer Tragweite, die angesichts der Komplexität der Materie zu ihrer richtigen Würdigung und Durchführung einer zuverlässigen Erläuterung dringend bedürfen. Aus diesem Grunde wird dieser Taschenkommentar aus der Feder des als erste Autorität auf dem Gebiete der Krankenversicherung bekannten Verfassers für zahlreiche Leser zweifellos von großem Interesse sein.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Gewerkschaft und Lebenshaltung. — Gegen die Erhöhung der Garzzölle. — Der freie Samstagnachmittag marschieren. — Der „Textilarbeiter“ über unsere Bewegung im Münsterlande. — Feuilleton: Zusammenschluß. — Allgemeine Rundschau: Vorstandssamt — Ehrenamt. — Ein Kampf um Koalitionsrecht. — Der christliche Metallarbeiterverband. — Wohnungsmisere. — Krach unter den Krefelder Genossen. — Genossen als Arbeitgeber. — Wahrheit 3 Prozent, Lüge 30 Prozent. — Eine neue Aktion gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften. — Zum politischen Verein erklärt. — Macht und Glaube. — Aus unserer Industrie: Eine Vielesfelder Leinen-Messe? — Mit Langos spinnt man Seide. — Konventionsdiktatur. — Errichtung eines Textilstudien- und Untersuchungsamtes im Rheinland. — Aus dem Verbandsgebiete: Lohnbewegungen und Arbeitsfreitragigkeiten: Cuxen. — Aus unseren Bezirken: Eine Konferenz für den Gau Oberhein (Baden). — Berichte aus den Ortsgruppen: Augsburg. — Blaisbach. — Hermges-Dahl. — Hils. — Wegberg. — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Sterbetafel. — Literarisches.